

Beschlussbuch wohnungspolitischer Parteitag 19.11.2022

cvtx

25. Januar 2023

Inhaltsverzeichnis

wohnungspolitische Anträge der Münchner SPD	1
1/III/2022 München Stadt für alle – Weniger Bussi, Bussi, mehr Solidarität!	1
2/III/2022 Soziale Quartiere als Grundlage der Stadtentwicklung	3
3/III/2022 Vorrang für Bezahlbares Wohnen	4
4/III/2022 Bodenpolitik für München	7
5/III/2022 Senior*innenwohnen für eine gerechte Zukunft	9
6/III/2022 Bezahlbaren Wohnraum im Bestand schaffen und erhalten	10
7/III/2022 Für eine neue Gewerbe SoBoN	12
8/III/2022 Unser Instrument zur kurzfristigen Unterstützung in der Krise: Mehr Wohngeld für mehr Menschen	13
9/III/2022 Mieter*innen schützen	15
12/III/2022 Gewerbeflächenmanagement in Neubauquartieren - Urbane Infrastruktur schaffen	17
14/III/2022 Baugenossenschaften erhalten	17
17/III/2022 Das Sofortunterbringungssystem der LH München rechtstaatlich und qualitativ weiterentwickeln!	18
19/III/2022 Verpflichtende Aufnahme von Jugendspielplätzen ins Baugesetzbuch	19

weitere Anträge 20

2/III/2022 Forderung einer Übergewinnsteuer bzw. Besteuerung des Zufallsgewinns für den Weiterbetrieb der verbliebenen Atomkraftwerke während des Streckbetriebs oder eines anderweitigen Betriebseinsatzes über den 31.12.2022 hinaus	
<i>angenommen</i>	21
3/III/2022 Ausstattung von Wehenzimmern in den München Kliniken	
<i>angenommen</i>	21
5/III/2022 Schulung des Personals der Geburtshilfe in München Kliniken zu psychischer Gewalt	
<i>angenommen</i>	22
6/III/2022 Paritätische Besetzung von Geschäftsleitungen bei städtischen Unternehmen	
<i>angenommen</i>	22
10/III/2022 Automobilindustrie transformieren - Mobilitätswende, Eigentumswende, Industriewende	
<i>angenommen</i>	22
14/III/2022 Mehr Angebote für Frauenschwimmen in München schaffen!	
<i>angenommen</i>	30
16/III/2022 Antrag Schulausbau weiterführende Schulen	
<i>angenommen</i>	31
17/III/2022 Sprachkitaprogramm erhalten. Ohne Lücke in die Finanzierung.	
<i>angenommen</i>	31
18/III/2022 upgrade:digitalpolitik	
<i>angenommen</i>	32

Initiativanträge 34

1/III/2022 Solidarität mit den Protestierenden im Iran – für das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben!	
<i>angenommen</i>	35
2/III/2022 Geburtshilfe im Münchner Osten sicherstellen	
<i>angenommen</i>	37

wohnungspolitische Anträge der Münchner SPD

1/III/2022

Beschluss

München Stadt für alle – Weniger Bussi, Bussi, mehr Solidarität!

Die Sozialdemokratie kämpft dafür, dass München eine **Stadt für Alle** ist. Dass nicht nur reiche Menschen und Erben sich München noch leisten können. Wir kämpfen für eine solidarische Stadt und gegen die soziale Spaltung unserer Gesellschaft. Dafür braucht es eine starke Stadt, die sich einmischt, die gestaltet und auch Position bezieht. Die zentrale Frage um dieses Ziel zu erreichen bleibt, wie wir dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Wo stehen wir.

Die Situation hat sich weiter verschärft, eine Analyse der Schweizer UBS Bank zeigt auf, dass die Realeinkommen seit 2010 um 20% gestiegen sind und die Mieten um 30%. Der Wunsch nach Eigentum rückt für sehr viele in weite Ferne, denn im selben Zeitraum haben sich die Immobilienpreise mehr als Verdoppelt. **Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist eine wichtige Ursache warum sich Unsicherheit immer weiter in die Gesellschaft frisst.** Wie lange kann ich mir die Stadt noch leisten? Diese Frage stellen sich immer mehr Menschen und es gelingt dem Staat immer weniger für Sicherheit oder die Realisierung eines Aufstiegsversprechens zu sorgen. **Mit der Schaffung von Bezahlbaren Wohnraum geben wir ein klares Sicherheitsversprechen.**

Natürlich sind diese Realitäten für uns als Sozialdemokratie ernüchternd. Aber es wäre falsch die Situation schön zu reden. Es ist wichtig auf Grundlage der aktuellen Situation, Strategien zu entwerfen, wie wir für bezahlbaren Wohnraum kämpfen.

Die zentralen Punkte für uns in Wohnen in München 7

WIM 7 steht für den Vorrang von Bezahlbaren Wohnraum. Wir **sichern den geförderten Wohnungsbau** auch in Zeiten steigender Baukosten und Bauzinsen. Durch neue Förderbausteine und ein neues vierstufiges Darlehen kann flexibel auf Krisen reagiert werden und gesichert werden, dass geförderter Wohnungsbau wirtschaftlich bleibt. Denn wir brauchen ihn dringend. Ein Einbruch der Zielzahlen muss mit allen Mitteln verhindert werden. Aber wir wollen auch daran arbeiten, wie wir dauerhaft mehr geförderten Wohnungsbau schaffen. Wir werden auch den **Konzeptionellen Wohnungsbau (KMB) weiterentwickeln** und möchten auch hier die Teuerungen ausgleichen, um den KMB bezahlbar zu halten.

Mit WIM 7 nehmen wir konkret Zielgruppen in den Blick wie Senior*innen oder auch Auszubildende, für die auf Initiative der SPD das AzubiWerk geschaffen wurde. Hier sollen 1000 Wohnungen für junge Menschen entstehen.

Mehr bezahlbaren Wohnungsbau schaffen wir nicht nur im Neubau, sondern wir müssen auch auf den **Bestand setzen**. Wir wollen eine qualitative Nachverdichtung, die Nachverdichtung und Klimaschutz zusammen

denkt. **Qualitativ ist Nachverdichtung für uns nur wenn Wohnraum bezahlbar ist und bleibt.** Die zentralen Punkte unserer Wohnungspolitik:

- Wir wollen nicht einfach bauen, bauen, bauen. **Wir wollen dauerhaft bezahlbaren Wohnungsbau schaffen**, das ist unser Ziel. Dafür wollen wir alle **gemeinnützigen Akteure wie die Genossenschaften stärken** und aktiv unterstützen. Bezahlbarer Wohnraum bleibt bezahlbar, wenn er in guten Händen ist. **Und wir brauchen starke städtische Wohnungsbaugesellschaften.** Die aktiv das Ziel, bezahlbaren, ökologischen Wohnungsneubau und Bestand und lebenswerte Quartiere zu schaffen, verfolgen. Das zu erreichen und zu erhalten ist unsere oberste Prämisse im Fusionsprozess.
- **In den neuen Stadtquartieren auf städtischen Grund wie in Freiham oder in Neufreimann**, werden Quartiere entstehen in denen alle Wohnungen bezahlbar sind. Hier zeigt sich praktisch wofür wir stehen. Und wir nutzen alle Instrumente die uns im Neubau und Nachverdichtung zur Verfügung stehen. Wir haben 2021 die SoBoN (sozialgerechte Bodennutzung) deutlich verschärft. Wir beschließen als erste Kommune bundesweit den ersten sektoralen Bebauungsplan und wir stehen zur Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) im München Nordosten und im Norden.
- Um ein kommunales Gegengewicht auf dem Wohnungsmarkt zu schaffen, **brauchen wir mehr Wohnungen in städtischer Hand.** Wir setzen uns mit Bündnispartner*innen deshalb dafür ein, dass die Stadt das Vorkaufsrecht in Erhaltungssatzungsgebieten zurück erhält. Und wir haben darüber hinaus Häuser direkt von Eigentümer*innen angekauft. Auch gibt es mit der neuen SoBoN die Möglichkeit Flächen an die Stadt zu verkaufen. Und wir entwickeln neue Instrumente der Bodenpolitik, wie einen Bodenfond.
- **Wir stehen an der Seite der Mieter*innen.** Um sie zu schützen müssen wir mehr Rechte für die Stadt, mehr Mieterschutz vom Freistaat und vom Bund einfordern. Alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente setzen wir ein und schärfen sie nach, wie zum Beispiel beim Thema Zweckentfremdung. Wir beziehen Position und machen Investoren deutlich, dass maximaler Gewinn kein Grundrecht ist, sondern dass Eigentum verpflichtet.
- **Alle Prognosen gehen davon aus, dass die Stadt weiter wächst.** Das stellt die Stadt vor Herausforderungen. Aber wir nehmen sie an. Denn wir wollen und können keine Mauern um München bauen. Wenn wir diese Herausforderung nicht annehmen, werden als erstes die Menschen mit geringem Einkommen verdrängt.
- **Wir wollen eine solidarische und klimagerechte Stadt.** Es braucht eine konsequente sozial-ökologische Strategie, die Mieter*innenschutz, Ressourcenschutz, ökologisches Sanieren und Bauen, Flächenschutz und Bekämpfung sozialer Ungleichheit und Wohnungslosigkeit konsequent zusammen denkt. Um dies zu erreichen setzen wir auf einen Quartiersansatz und beim Neubau und der Sanierung von Gebäuden auf eine ökologische Gesamtbetrachtung. Soziale und ökologische Ziele dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- Wir wollen das München lebenswert ist. **Dafür braucht es viele Grün- und Erholungsflächen, das hat die Coronapandemie gezeigt.** Gerade für Menschen mit geringem Einkommen, sind diese wichtig. Und es ist nicht egal wie Grünflächen gestaltet sind, Hauptsache es gibt sie. Wir kämpfen gegen das Abstandsgrün, wir wollen Grünflächen, welche die Menschen gerne nutzen. Und wir setzen die Aufwertung öffentlicher Plätze in der Stadt fort, auch unter Gesichtspunkten des Klimaschutzes.

- **Die Zahl und die Härte der Konflikte in dieser Stadt nimmt zu.** Konflikte über unterschiedliche Interessen sind wichtig, sie sind Bestandteil unserer Demokratie. Uns ist es aber wichtig, dass am Ende nicht die gewinnen, die am Lautesten sind. Und wir wollen auch denen eine Stimme geben, die sich keine teuren Anwälte leisten können.
- **Eine Stadt für Alle, muss auch gute Arbeitsplätze für alle haben.** Deshalb setzen wir uns für Produktion in der Stadt und gegen die Verdrängung von Kleingewerbe, von Clubs und Kultur ein. Die Münchener Mischung muss auch fürs Gewerbe gelten. Wir wollen uns deshalb auf den Weg machen eine neue Gewerbe-SoBoN zu entwickeln und Kleingewerbe schützen, indem wir fordern sie zum Beispiel auch in den Schutz von Erhaltungssatzungen aufzunehmen.
- Wir fordern für München ein solidarisches Unternehmertum! Unser Ziel ist es, Unternehmen deren gesellschaftliche Verantwortung vor Augen zu führen und ein Umdenken zu fördern. Deshalb fordern wir mehr Werkwohnungen von Betrieben mit > 500 Beschäftigten.

Wir sind kämpferisch und stellen uns der reinen Renditeorientierung entgegen. Wir gestalten unsere Stadt, geben Sicherheit in schwierigen Zeiten und sorgen für eine bessere Zukunft.

Überweisen an

Stadtratsfraktion

2/III/2022

Beschluss

Soziale Quartiere als Grundlage der Stadtentwicklung

Soziale Quartiere als Grundlage der Stadtentwicklung

Derzeit werden Quartiersansätze in ganz unterschiedlichen fachlichen Zusammenhängen diskutiert. Für uns ist das Quartier aber mehr als lediglich eine technokratische Strategie. Es ist vielmehr der Lösungsraum in dem gesellschaftlicher Zusammenhalt vor dem Hintergrund der notwendigen gesellschaftlichen Transformationen verhandelt und organisiert werden muss. Das Quartier ist keine administrative Gliederung sondern eine informelle Ebene oberhalb der Gebäudeebene. Der Umgriff des Quartiers ergibt sich hierbei aus einer projektorientierten Sicht, aber vorrangig als sozialräumlicher Zusammenhang. Damit stellt es die räumlichen Skalenebene dar, auf der eine Vielzahl von technischen und fachspezifischen Fragen verhandelt werden müssen. Diese dürfen nie isoliert voneinander betrachtet werden sondern müssen immer im sozialen Gesamtzusammenhang des Quartiers gemeinsam gedacht werden.

Nur unter der gemeinsamen Betrachtung aller Belange des Quartiers wird es auch vor dem Hintergrund der notwendigen energetischen Sanierung des Gebäudebestands im Hinblick auf das Ziel der Klimaneutralität für München bis 2035 möglich Zustimmung vor Ort für die notwendigen Maßnahmen zu gewinnen. Das Ziel

muss es sein, die notwendige energetischen Sanierung des Gebäudebestands zu verbinden mit Maßnahmen zur Wohnraumschaffung und -ergänzung im Bestand und gleichzeitig im Sinne einer qualifizierten Entwicklungsstrategie das ganze Quartier insbesondere auch mit seinen sozialen Belangen in den Blick zu nehmen und die Wohnqualität für alle Bewohner*innen zu verbessern – auch für die, die bereits im Quartier wohnen.

Die Quartiere sind der Ort an dem soziales Zusammenleben gelebt wird und Begegnung im Alltag zwischen den unterschiedlichen Bewohner*innen stattfinden kann. Die Quartiere sind der Raum an der Anspruch einer Stadt für alle real wird. Dafür bedarf es der kleinräumigen sozialen Mischung der Bevölkerungsstruktur im Sinne der Münchner Mischung.

Anträge

(1) Wir fordern die Einrichtung eines Prozesses der integrierten Quartiersentwicklung als Grundlage für Projekte der Sanierung und Umstrukturierung im Bestand sowie bei Neubauvorhaben. Die spezifischen Fachlichen Perspektiven auf das jeweilige Quartier müssen entsprechend der jeweiligen Rahmenbedingungen und Anforderungen miteinander ins Benehmen gesetzt werden und zu einem ganzheitlichen Ansatz für das Quartier zusammengefasst werden, mit dem Ziel sozial gemischte, nachhaltige und lebenswerte Quartiere zu schaffen. Dafür bedarf es der zentralen Koordination der Fachperspektiven unter dem Dach einer integrierten Stadtplanung.

Überweisen an

Stadtratsfraktion

3/III/2022

Beschluss

Vorrang für Bezahlbares Wohnen

Vorrang für Bezahlbares Wohnen

Bezahlbares Wohnen entsteht aktuell hauptsächlich durch den Sozialen Wohnungsbau (EOF), das Programm München Modell und den Konzeptionellen Wohnungsbau (KMB). Aktuell werden für freifinanzierte Wohnungen im Neubau 21 Euro und mehr aufgerufen. Das heißt für eine 80qm Wohnung muss eine Familie 1680 Euro plus Nebenkosten zahlen. Das ist für die meisten Familien nicht mehr bezahlbar. Im München Modell kostet der qm 11,50 Euro und im KMB 14,50 Euro.

Deshalb wollen wir den Sozialen Wohnungsbau (EOF) und das Programm „München Modell“ stärken. Die Baukosten und die Bauzinsen steigen und wir möchten, dass auch im geförderten Wohnungsbau klimagerecht gebaut wird, was natürlich zusätzliche Kosten verursacht. Der Bund hat vorgelegt und fördert den Sozialen Wohnungsbau mit 14,5 Mrd. Euro bis 2026. Der Freistaat hat sein Förderprogramm aber nur umgestaltet und

nicht erhöht. Er weigert sich die höheren Kosten mit zu finanzieren. Gemeinsam mit der Bayern SPD kämpfen wir für eine Wohnungsmilliarde, wir brauchen mehr Geld für die Wohnraumförderung.

Damit geförderter Wohnungsbau weiterhin gebaut wird, finden wir den Vorschlag die städtische Förderung deutlich aufzustocken, richtig. Durch das neue vierstufige Darlehen stellen wir sicher, dass auch in Krisenzeiten geförderter Wohnungsbau wirtschaftlich ist. Und wir fördern besonders gemeinnützige Akteure. Aber wir unterstützen auch private Bauträger. Aber nicht einfach bedingungslos, sondern dort wo bezahlbarer Wohnungsbau entsteht.

Eines der größten Probleme ist, dass der Soziale Wohnungsbau ein Ablaufdatum hat. Damit ist die Stadt immer in einen Hamsterrad gefangen, dass immer neue Wohnungen gebaut werden müssen, um diejenigen zu ersetzen, die aus der Bindung gefallen sind. Deshalb haben wir in der neuen SoBoN (sozialgerechte Bodennutzung) die maximale Bindungsdauer von 40 Jahren verbindlich für alle festgeschrieben, es gibt keine Ausnahmen mehr. Um die Bindungsdauer weiter zu erhöhen müsste der Freistaat die gesetzlichen Grundlagen schaffen. Das fordern wir ein.

Dauerhaft bezahlbarer Wohnraum entsteht nur bei gemeinwohlorientierten Akteuren, deshalb wollen wir sie unterstützen. Dauerhaft gesicherter sozialer Wohnungsbau ist gerade in Zeiten, in denen die Zahl der Menschen, die das Anrecht auch eine Sozialwohnung haben und die Zahl der Wohnungen, die belegt werden können, immer weiter auseinander gehen, essentiell. Gefangen im Hamsterrad eines geförderten Wohnungsbau als sozial orientierte Zwischennutzung wird es uns nicht gelingen, dauerhaft den Anteil an gefördertem bezahlbarem Wohnraum so zu erhöhen, wie es notwendig wäre.

Die aktuellen Baukostensteigerungen, die steigenden Bauzinsen und die sich ständig veränderte Förderung für klimagerechtes Bauen, **treffen auch die Genossenschaften.** Die Aufstockung der städtischen Förderung im EOF und im München Model, um die Wirtschaftlichkeit herzustellen hilft ihnen ihre Projekte zu finanzieren, ohne ihre Mitglieder zu überfordern. Die Mitbauzentrale hat in den letzten Jahren erfolgreich Genossenschaften unterstützt und beraten. Gerade in diesen krisenhaften Zeiten wird sie dringend gebraucht. Deshalb haben wir uns aktiv für die Weiterfinanzierung eingesetzt.

Gleichzeitig möchten wir den „Konzeptionellen Wohnungsbau“ (KMB) verbessern. Die Grundidee des KMB war, dass die Stadt ihre Grundstücke nicht zu Höchstpreisen im Erbbaurecht vergibt. Sondern zu einem Festpreis und zwar an diejenigen Genossenschaften, Mietshaussyndikate oder Bauträger die das beste soziale und ökologische Konzept vorlegen und die sich verpflichten über 80 Jahre bezahlbares Wohnen schaffen. Um dies auch in diesen Zeiten zu sichern, fordern wir die Erarbeitung eines Konzepts, ob und wie die gestiegenen Kosten auch beim KMB ausgeglichen werden können. Eine weitere Erhöhung der Miete oder des Eigenanteils bei den Genossenschaften halten wir für falsch, da sich dann viele Menschen wohnen im KMB nicht mehr leisten können. Zusätzlich wollen wir im nächsten Jahr mit den Genossenschaften und der Stadtverwaltung diskutieren, wie das KMB verbessert werden kann.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt gemeinnützige Akteure unterstützt, in dem sie zum Beispiel Zugang zu städtischen Flächen haben. Die SPD in der Bundesregierung arbeitet an der Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit. Dadurch würden Unternehmen die sich fair verhalten, steuerlich begünstigt. Das wäre auch für München ein wichtiger Schritt.

Gleichzeitig hätten wir gerne als Partner beim gemeinnützigem Wohnungsbau eine starke Wohnungsbaugesellschaft des Freistaats. Die BayernHeim hat bisher leider noch keine einzige Wohnung gebaut. Stattdessen überlegt der Freistaat eine staatliche Fläche an apple zu verkaufen. Apple ist ein Konzern der wirtschaftlich

erfolgreich genug ist, um ohne staatliche Hilfe ein Grundstück in München zu finden. Viele soziale Organisationen sind das nicht, sie bräuchten dringend Hilfe. Wenn schon nicht in Maxvorstadt, so könnte der Freistaat wenigstens leerstehende Häuser in Hartmannshofen für soziale Zwecke freigeben. Stattdessen soll auch hier meistbietend verkauft werden.

Antrag:

1) Bauen allein wird das Problem auf dem Münchner Wohnungsmarkt nicht lösen. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Flächen immer knapper werden und wir auch Grünflächen schützen wollen. **Für uns hat die Schaffung von dauerhaften bezahlbarer Wohnraum Priorität.** Dafür setzen wir auf gemeinnützige Akteure wie Wohnungsbaugenossenschaften oder Städtische Wohnungsbaugesellschaften, die wir aktiv unterstützen.

2) Die Einführung der Wohnungsgemeinnützigkeit würde uns in München sehr unterstützen. Es wäre ein wichtiges Signal, dass hier dieses Mal die profitieren, die nicht der maximale Rendite hinterherlaufen, sondern soziale Vermieter*innen sind. Und mit der Gemeinnützigkeit schafft der Bund eine Definition für soziale Vermieter*innen, die wir auch nutzen können, um diese zu unterstützen. Deshalb wollen wir unsere Vorstellungen zur Wohnungsgemeinnützigkeit erarbeiten und in die Diskussion einbringen.

3) Damit der geförderte Wohnungsbau durch die Steigerung der Baukosten nicht abnimmt oder stagniert und die Zielzahlen im Neubau aufrecht erhalten werden können, unterstützen wir den Vorschlag die städtische Förderung deutlich erhöhen. **Wir sichern damit die Wirtschaftlichkeit des geförderten Wohnungsbaus auch in schwierigen Zeiten.**

4) Wir fordern vom Freistaat die Förderung für den Sozialen Wohnungsbau deutlich zu erhöhen. **Gemeinsam mit der Bayern SPD kämpfen wir für eine Wohnungsmilliarde.**

5) **Unser Anspruch ist es mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen**, auch in diesen schwierigen Zeiten. Wir fordern die SPD Stadtratsfraktion auf – gemeinsam mit der Verwaltung und den städtischen Wohnbaugesellschaften – über Konzepte zu diskutieren, wie die Zielzahlen für die Schaffung bezahlbaren Wohnraum gesteigert werden können.

6) Die Baukosten sind nicht zuletzt aufgrund der zu errichtenden Stellplätze hoch, da diese zumeist in Tiefgaragen untergebracht werden. Wir unterstützen auch vor dem Hintergrund der angestrebten Verkehrswende den bereits praktizierten Ansatz Stellplätze über Mobilitätskonzepte, welche Alternativen zum private Pkw bieten, zu reduzieren. Wir wollen diesen Ansatz konsequent weiterentwickeln mit dem Ziel Mobilitätsangebote im Umweltverbund und Sharingmodelle zu stärken und Flächen für den mIV noch weiter zu reduzieren. Das ist ein doppelter Mehrwert für die Stadtgesellschaft. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen hier Vorreiterinnen sein, weiter sollen Konzepte entwickelt werden, um private Bauherren ebenfalls von diesem Weg zu überzeugen.

7) Wir stärken die städtischen Wohnungsbaugesellschaften indem wir sie unter einem gemeinsamen Dach zusammenführen und entwickeln Strukturen, die sie in die Lage versetzen effizient und schnell Wohnraum zu schaffen und die notwendige Bestandsentwicklung voranzutreiben. Das übergeordnete Ziel ist dabei die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zu stärken und so schnell zur Schaffung weiteren bezahlbaren Wohnraums und zur Steigerung der Zielzahl beizutragen. Ebenfalls sollen hierbei Ansätze des seriellen und modularisierten Baues verfolgt werden, die in Verbindung mit einem zentralen Einkauf geeignet sind zur Senkung der Baukosten beizutragen. Zentrales Ziel ist es dabei auch Sie als soziale Vermieter*innen zu festigen und die Betreuung der Bewohner*innen durch die Hausverwaltungen weiter zu verbessern.

8) Wir fordern den Freistaat auf die Bindungsdauer für den Sozialen Wohnungsbau deutlich zu verlängern, unser Ziel sind mindestens 80 Jahre.

9) Wir fordern die SPD Stadtratsfraktion auf ein Konzept zu beantragen, **wie die gestiegenen Kosten im Konzeptionellen Mietwohnungsbau auch ausgeglichen werden können**. Wir starten die Diskussion mit den Genossenschaften und der Verwaltung, wie das KMB verbessert werden kann.

10) Wir verurteilen die **aktuelle Praxis des Freistaats immer noch staatlichen Boden zu Höchstpreisen zu verkaufen** und sie nicht Akteuren des gemeinwohlorientierten Wohnungsbaus zur Verfügung zu stellen.

Überweisen an

Stadtratsfraktion

4/III/2022

Beschluss

Bodenpolitik für München

Bodenpolitik für München

Boden ist die Grundlage für jeden Wohnungsbau und als Gut nicht vermehrbar. Das Vorhandensein von ausreichenden Grundstücksreserven, grade auch im kommunalen Eigentum ist grundlegende Voraussetzung für die Schaffung und Ausweitung des Bestandes an dauerhaften bezahlbarem Wohnungsbau, insbesondere auch im Bestand der städtischen Wohnungsbaugesellschaften.

Boden ist insbesondere in München, das flächenmäßig nach außen im Vergleich zur bereits bebauten Fläche deutlich begrenzt ist, und wenige unbebaute oder untergenutzte Grundstücke im bebauten Innenraum aufweist, ein knappes und dringend benötigtes Gut. Die Grundstückskosten sind ein zentraler Kostenfaktor bei der Erstellung dringen benötigten Wohnraums. Ein derart knappes, nachgefragtes und nicht beliebig vermehrbares Gut dem freien Spiel des Marktes zu überlassen, kann nur zu aberwitzigen Verhältnissen führen. Die Bodenpreise sind in München aufgrund der hohen Nachfrage und des knappen Angebots stark angestiegen und haben sich seit 2009 mehr als verdreifacht. Damit haben sich die Grundstückspreise zusehends vom realen Wohnungsmarktgeschehen und vom eigentlichen Ertragswert des Grundstücks abgelöst.

Um in diesem Umfeld ausreichend Flächen für bezahlbaren Wohnraum vorhalten zu können und damit die Grundlage für die Erfüllung der Wohnungsbauzahlen zu legen braucht es eine abgestimmte Gesamtstrategie Bodenpolitik in der die bestehenden Bausteine der Bodenpolitik und Baulandbevorratung systematisiert und fortentwickelt werden.

Daher soll die Stadtverwaltung beauftragt werden, eine abgestimmte Gesamtstrategie Bodenpolitik München zu entwickeln, die dem Wohnungspolitischen Handlungsprogramm „Wohnen in München“ an die Seite gestellt wird.

Im Rahmen der Gesamtstrategie sollen Ansätze untersucht werden, einen Bodenfond einzurichten, der es ermöglicht investitionssuchendes Kapital zu den Bedingungen der Stadt eine langfristige Anlageoption zu bieten und gleichzeitig dauerhaft Grundstücke für den bezahlbaren Wohnungsbau vorzuhalten. Dieser Bodenfond soll nicht revolving aus gestaltet werden, sondern die Grundstücke dauerhaft im Eigentum behalten und lediglich im Erbbaurecht an gemeinnützige Wohnungsunternehmen oder Bauherrinnen im Rahmen gemeinwohlorientierter Investitionsmodelle zur Realisierung der Programme von WiM vergeben wird.

Wir fordern daher:

(1) Die Entwicklung einer abgestimmten bodenpolitischen Gesamtstrategie für die Landeshauptstadt München unter der die bestehenden Bausteine der Baulandmobilisierung und -akquise systematisiert und weiterentwickelt werden. Der Ankauf, die Sicherung und Bereitstellung von Grundstücken für den geförderten Wohnungsbau ist das erklärte Ziel dieser Gesamtstrategie.

(2) Die Einrichtung eines Bodenfonds, der langfristig die Bevorratung von Boden für die Schaffung von bezahlbaren und geförderten Wohnraum sicherstellen soll. Grundstücke sollen hier nicht veräußert werden sondern dauerhaft im Eigentum des Bodenfonds verbleiben und im Erbbaurecht entsprechend der Programmsystematik von Wohnen in München vergeben werden.

(3) Freistaat Bayern wird aufgefordert die vorgeschlagenen „Maßnahmen für eine Bau-, Investitions- und Innovationsoffensive“ aus dem „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ konsequent umzusetzen und die Kommunen bei der Einrichtung von Bodenfonds unterstützen. Dazu sind im Landeshaushalt Fördermittel für die Bevorratung von Bauland für den geförderten Wohnungsbau vorzusehen. Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert die nötigen finanzverfassungsrechtlichen Grundlagen zu schaffen, die eine direkte Beteiligung des Bundes an der Ausstattung der Bodenfonds ermöglichen. Die vorhandenen Grundstücke im Eigentum des Bundes, die für eine zukünftige Wohnnutzung in Frage kommen müssen in den jeweiligen kommunalen Bodenfond einfließen und Bundesmittel für den Ankauf von Grundstücken zur Verfügung gestellt werden.

(4) Die SPD München führt gemeinsam mit der Fraktion im Jahr 2023 eine Fachtagung Bodenpolitik durch, in der die Rahmenbedingungen für die Konstruktion und Arbeitsweise eines Bodenfonds unter Einbeziehung auch externer Fachexpertise gemeinsam erarbeitet werden. Darüber hinaus müssen Wege gesucht werden, Boden in der Stadt aus der Renditepolitik des Marktes zu entziehen und das Eigentum daran gemeinwohlpflichtig zu gestalten.

Überweisen an

Stadtratsfraktion

5/III/2022

Beschluss

Senior*innenwohnen für eine gerechte Zukunft

Senior*innenwohnen für eine gerechte Zukunft

Insbesondere Senior*innen stehen auf dem renditeorientierten Münchner Wohnungsmarkt vor besonderen Herausforderungen. Die Anforderungen an eine Wohnung verändern sich im Alter, viele Wohnungen im Bestand sind nicht seniorengerecht oder gar barrierefrei. Viele Senior*innen wollen nicht mehr alleine in einer größeren Wohnung leben, haben aber im Vergleich günstige Mietverhältnisse oder wohnen in Eigentum in ihrem angestammten Viertel und wollen dort nicht mehr weg.

Gleichzeitig sind Senior*innen nach dem Renteneintrittsalter nochmals anders betroffen als jüngere Münchner*innen. Die Altersarmut in unserer Stadt mit sehr hohen Lebenshaltungskosten nimmt auf besondere Weise zu, gerade in Bayern sind besonders Frauen im Alter angesichts der Auswirkungen einer CSU-Familienpolitik von Armut betroffen. Mit dem Eintritt in den Ruhestand sinken die Chancen drastisch die eigene ökonomische Lage nochmals zu verbessern. Viele Senior*innen arbeiten inzwischen in geringfügiger Beschäftigung um die Rente aufzubessern und Einkommensarmut zu überwinden – auch um die bisherigen Wohnverhältnisse finanzieren zu können.

Zudem besteht Handlungsbedarf angesichts der Auswirkungen des demographischen Wandels auf unsere Stadt. Sowohl die reine Anzahl als auch der Anteil an älteren Menschen an der Münchner Gesamtbevölkerung wird zunehmen. Deswegen muss sich eine verantwortungsvolle Wohnungspolitik gesondert mit der Situation der älter werdenden Bevölkerung und ihren Bedürfnissen auseinandersetzen. Darauf zu setzen, dass der renditeorientierte Wohnungsmarkt auf diese Entwicklungen eingeht, wird eine vergebene Hoffnung sein.

In München gibt es 14 Seniorenwohnanlagen. Gerade bezahlbarer Wohnraum für ältere Menschen muss erhalten, teilweise saniert und ausgebaut werden. Wir wollen aber auch innovative Wohnformen für Senior*innen stärken: Senior*innenwohnen mit Mehrgenerationenanteil, mehr senior*innengerechte Wohnungen im Bestand der städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die Förderung von senior*innengerechtem Wohnungsumbau bei Genossenschaften (Außenaufzüge, Barrierefreier Umbau) stärken. In jedem Stadtbezirk soll eine Mischung an seniorengerechten Wohnformen hergestellt werden, damit ältere Menschen möglichst in oder nahe an ihren jeweiligen Wohnvierteln umziehen können, falls sie das wollen. Dabei wollen wir innovative Konzepte wie „Wohnen für Hilfe“, z.B. des Seniorentreffs Neuhausen und des Studentenwerks, oder auch spezielle Angebote für Senioren-WG's fortführen und ausbauen. Gerade im Umfeld von ASZ, Tagescafés und ähnlichen Einrichtungen werden wir neue Wohnmöglichkeiten schaffen – oder in der Nähe von Senior*innenwohnanlagen entsprechende soziale Infrastruktur bereit stellen.

Antrag

(1) Die SPD Stadtratsfraktion wird aufgefordert sich für ein Sonderprogramm Seniorenwohnen einzusetzen. Mit diesem Programm sollen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und andere gemeinnützigen Ak-

teur*innen die oben beschriebenen Aktivitäten finanzieren können. Senior*innen sind Teil der Gesellschaft, es ist auf eine gute Durchmischung aller Bevölkerungsgruppen im Quartier zu achten.

(2) Die SPD begrüßt das von der SPD Fraktion initiierte Förderprogramm für den seniorenrechtlichen Umbau von Bestandswohnungen und zur Schaffung von Begegnungsflächen. Der Umbau im Bestand ist aber oft mit hohen Kosten verbunden, die sich nicht alle leisten können oder er führt zu steigenden Mieten, die die Menschen im Alter oft schwer stemmen können. Das Programm soll hier eine Lösung bieten.

(3) Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert sich für eine Reform des Kommunalen Wohnraumförderungsprogramms (KommWfP) des Freistaats einzusetzen. Dabei sollen die Mittel deutlich erhöht, spezifische Bedarfe für Städte mit angespanntem Wohnungsmarkt festgestellt und entsprechend berücksichtigt sowie angesichts des demographischen Wandels gerade für die Förderung von Seniorenwohnen bereitgestellt werden.

Überweisen an

Stadtratsfraktion

6/III/2022

Beschluss

Bezahlbaren Wohnraum im Bestand schaffen und erhalten

Bezahlbaren Wohnraum im Bestand schaffen und erhalten

Die mittelfristig vorhandenen Wohnbaupotentiale durch Neuausweisung von Bauland sind in München weitgehend erschlossen und die hier möglichen Neubauprojekte bis Ende des Jahrzehnts voraussichtlich erschöpft, die untersuchten Stadterweiterungsgebiete werden jedoch erst jenseits der 30er Jahre zur Wohnraumbereitstellung beitragen können. Daher ist absehbar, dass die notwendige Wohnraumschaffung in München nicht allein durch Neubauprojekte zu decken sein wird. Im Rahmen der Studien zur Langfristigen Siedlungsentwicklung wurden erhebliche Nachverdichtungs- und Wohnbaupotentiale im Bestand identifiziert. Gerade im Gebietstyp der zusammenhängenden Wohnsiedlungen liegt dabei erhebliches, mit vertretbarem Mitteleinsatz erschließbares, Wohnflächenpotential.

Gleichzeitig wurde im Rahmen des Klimaneutralitätsbeschlusses das Ziel formuliert auch im Gebäudebestand bis 2035 Klimaneutralität zu erreichen und damit die Notwendigkeit zur umfassenden Sanierung des gesamten Gebäudebestands in München geschaffen.

Diese Ziele müssen wir verbinden. Eine energetische Sanierung des Gebäudebestandes, die ganz München in den Blick nimmt, muss immer auch mit der Erschließung von Potentialen der Wohnraumschaffung verbunden werden. Energetische Sanierung muss, wo immer möglich verbunden werden mit Wohnflächenerweiterung, Aufstockung und Ergänzung des Gebäudebestands nach dem Prinzip der qualifizierten Nachverdichtung. Das bedeutet nicht, ein unterschiedsloses Zubauen verfügbarer Flächen. Qualifizierte Nachverdichtung bedeutet

für uns immer, dass ein Mehrwert an Wohnqualität für die Bewohner*innen entsteht, die bereits in dem Quartier wohnen.

Wir wollen eine qualitative Nachverdichtung, die auch bezahlbaren Wohnraum schafft. Leider hat die Kommune in der Innenentwicklung wenig Instrumente um den Bauherr*innen vorzuschreiben auch geförderten oder preisgedämpften Wohnraum zu schaffen. Viele Nachverdichtungsprojekte wie Luxusbauten in Innenhöfen können wir rechtlich nicht verhindern. Wir müssen aber deutlich machen, dass das nicht die Nachverdichtung ist, die wir wollen. Wir lehnen Projekte ab, die keinen Mehrwert für die Bewohner*innen bringen, die keinen bezahlbaren Wohnraum schaffen und nur der Renditeoptimierung der Eigentümer*innen dienen.

Mit dem sektoralen Bebauungsplan haben wir ein neues Instrument, das wir begrüßen, das aber leider durch das Agieren der Union beim Baulandmobilisierung auch Probleme mit sich bringt. Vor allem die offene Entschädigungsthematik. Aber mit dem sektoralen Bebauungsplan können wir auch bei Nachverdichtungen geförderten Wohnraum schaffen. Wir werden dieses neue Instrument bestmöglichst nutzen und vor allem strategisch in Gebieten einsetzen, die von Gentrifizierung bedroht sind. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Referat für Stadtplanung und Bauordnung mehr Personal für diese Aufgabe bekommt.

Anträge

(1) Wir fordern die notwendige energetischen Sanierung des Gebäudebestands insbesondere der kommunalen Wohnbaugesellschaften mit Strategien der qualifizierten Nachverdichtung und Wohnraumschaffung im Rahmen einer integrierten Quartiersbetrachtung zu verbinden.

(2) Wir fordern die systematische Untersuchung und städtebauliche Ermittlung von vorhandenen Wohnungsbaupotentialen im Bestand in Form eines Baupotentialkatasters und der Priorisierung der entsprechenden Projekte nach Umfang des vorhandenen Potentials. Die Aktivierung der festgestellten Baulandpotentiale kann im Rahmen der Bauleitplanung auch in Form von Angebotsplanung erfolgen, wobei die Zweckbindung des neu geschaffenen Baurechts für den geförderten Wohnungsbau im Form von ergänzenden sektoralen Bebauungsplänen erfolgen kann..

(3) Wir fordern die Priorisierung der notwendigen energetischen Sanierung des Bestandes der städtischen Wohnbaugesellschaften nach dem jeweiligen Potential der Wohnraumschaffung.

(4) Wir fordern, dass eine Nachverdichtungsagentur für gemeinnützige Akteur*innen eingerichtet wird, die nicht nur die Neugründung von Genossenschaften sondern auch die bestehenden Genossenschaften bei der Schaffung von Wohnraum im Bestand und der Bestandssanierung unterstützt. Hier besteht Potential dauerhaft bezahlbaren Wohnraum in Rahmen der Nachverdichtung zu schaffen. Gleichzeitig müssen die Interessen der Bewohner*innen in diesem Prozess mitbedacht werden, die Nachverdichtung muss auch einen Mehrwert für sie haben.

(5) Um sozialverträgliche Nachverdichtung zu fördern, fordern wir Konzepte zur Befreiung von der Stellplatzsatzung (bzw. der verpflichtenden Stellplatzablöse bei Nichtherstellbarkeit von Stellplätzen) zu entwickeln, wenn Vermieter*innen sich im Gegenzug zu einer sozialen Bindung für den neugeschaffenen Wohnraum verpflichten. So können z. B. Genossenschaften gezielt unterstützt werden Dachgeschosse auszubauen oder ihre Gebäude aufzustocken. Weiter soll es bei kleinteiligen Nachverdichtungsprojekten (d. h. < 10 WE, da dort nicht mittels Mobilitätskonzept der Stellplatzschlüssel abgesenkt werden kann) möglich sein, auf die Stellplatzablöse zu verzichten, wenn Vermieter*innen nachweisen können, dass der Wohnraum in den ersten 5 Jahren an Mieter*innen ohne eigenen zugelassenen Pkw vermietet wird (innerhalb der ersten Jahre, könnte sich die Stadt eine Nachforderung der Stellplatzablöse vorbehalten).

(6) Wir werden das neue Instrument des sektoralen Bebauungsplan nutzen und vor allem strategisch in Gebieten einsetzen, die vom Gentrifizierung bedroht sind. Damit wir auch bei Nachverdichtungsprojekten geförderten Wohnraum schaffen können. Wir fordern den Bundesgesetzgeber auf, das Instrument des sektoralen Bebauungsplans zu entfristen.

Überweisen an

Stadtratsfraktion

7/III/2022

Beschluss

Für eine neue Gewerbe SoBoN

Für eine neue Gewerbe SoBoN

Wenn die Stadt im Bebauungsplanverfahren Baurecht schafft, schafft sie leistungslose Gewinne für den oder die Eigentümer*in. Er oder sie kann durch den Bau von Wohnungen Gewinne durch Vermietung und Verkauf erzielen. Im Wohnungsbau schöpft die Stadt über die Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN) zu 2/3 diese Gewinne ab. Das ist richtig, denn durch den Bau neuer Wohnungen entstehen auch Kosten für die Stadtgesellschaft. Es werden zum Beispiel mehr KITA-Plätze gebraucht oder der ÖPNV muss ausgebaut werden. Und nur wenige Kosten der Infrastruktur können als „ursächlich“ – konkret durch das Baugebiet verursacht – direkt in Anrechnung gebracht werden. Und wir sichern durch die SoBoN die Münchner Mischung. In keinem Stadtviertel sollen nur Menschen mit hohem Vermögen oder nur Menschen mit geringem Einkommen wohnen. Eine Neubauwohnung könnte sich jemand, der auf Grundsicherung angewiesen ist, nicht leisten, aber die SoBoN schreibt einen gewissen Prozentsatz an geförderten Wohnungen fest, aktuell 40% plus KMB.

Bei Gewerbe-Neubaugebieten haben wir diese gesetzlichen Möglichkeiten nicht, nur wenige Kosten für Infrastruktur müssen vom der/dem Eigentümer*in getragen werden. Aber natürlich entstehen auch hier leistungslose Gewinne durch die Schaffung von Baurecht oder die Änderung des Flächennutzungsplans. Und es gibt auch innerhalb des Gewerbes Verdrängungsprozesse. Mit hochwertigen Büroflächen lassen sich mehr Gewinne erzielen, als mit Flächen für das einfache Gewerbe. Wir wollen auch bei Unternehmen die Münchner Mischung erhalten. Wir wollen Platz für Handwerksbetriebe, für Kultur, für kleine Dienstleistungsbetriebe, für Dienstleistungen in Bürogebäuden und für das produzierende Gewerbe. Wir wollen keine Stadt werden, in der nur noch das Headquarter und maximal die Forschungs- und Entwicklungsabteilung sitzt. Die steigenden Bodenpreise haben diesen Prozess in den letzten Jahren beschleunigt. Es war für viele Firmen lukrativ sich in München zu verkleinern und die frei werdenden Flächen zu verkaufen oder abzumieten.

Und trotz der Klage vieler Unternehmer*innen in München keine Fachkräfte mehr zu finden, erlebt der Werkswohnungsbau keine Renaissance. Bei den Auszubildenden müsste die Stadt mit dem AzubiWerk ein Angebot

schaffen. Wir wollen Unternehmen in die Pflicht nehmen und halten deshalb weiterhin ein Drittel des Angebots im AzubiWerk für den Kauf von Belegrechten durch Unternehmen vor. Aus unserer Sicht sollten Unternehmen Verantwortung übernehmen, und wenn sie in dieser Stadt bauen wollen, auch für ihre Beschäftigten Wohnraum schaffen.

Antrag:

Um die Münchner Mischung zu erhalten und um leistungslose Gewinne nicht nur beim Wohnungsbau abzuschöpfen wollen wir einen neuen Anlauf nehmen die Gewerbe SoBoN neu aufzustellen und wieder in Kraft zu setzen. Die SPD Stadtratsfraktion wird aufgefordert mit dem Beschluss von WIM 7 die Entwicklung eines Konzeptes zu beantragen.

Wichtige Bausteine sind dabei für uns der Schutz von Produktion und A-Gewerbe und Unternehmen auf soziale und ökologische Ziele zu verpflichten: wie zum Beispiel den Werkswohnungsbau, Unterstützung beim Ausbau des ÖPNV, Kitaplätze, die Entsiegelung von Flächen, ein Energiekonzept mit Photovoltaik auf den Dächern, das Pflanzen von Bäumen um Hitzeinseln zu vermeiden. Geprüft werden soll ob es die Möglichkeit gibt soziale Daseinsvorsorge in solchen Neubaugebieten einen Platz zu fairen Preisen zu geben.

Überweisen an

Stadtratsfraktion

8/III/2022

Beschluss

Unser Instrument zur kurzfristigen Unterstützung in der Krise: Mehr Wohngeld für mehr Menschen

Unser Instrument zur kurzfristigen Unterstützung in der Krise: Mehr Wohngeld für mehr Menschen

Die SPD konnte in der Bundesregierung eine Wohngeldreform umsetzen, die den Kreis der Wohngeldberechtigten deutlich ausweitet. Mehr als dreimal so viele Menschen wie bisher sollen durch die von Klara Geywitz vorgelegte Gesetzesreform ab 01.01.23 Wohngeld beziehen können. Damit sollen vor allem diejenigen unterstützt werden, die oberhalb des Grundsicherungsniveaus des Bürgergelds leben, aber (anteilig am Gesamteinkommen) besonders von der Inflation und den gestiegenen Energiekosten (und damit auch Wohnnebenkosten) betroffen sind. Deswegen enthält das neue Wohngeld plus auch eine Klima- und Heizkostenkomponente.

Unser Ziel ist es, dass alle Menschen, von ihrem Lohn ein gutes Leben führen können. Höhere Löhne, nach der umgesetzten Mindestloohnerhöhung auf 12€/Stunde, auch unsere Initiativen für einen spezifischen Münchner Mindestlohn, eine Tariftreue bei Öffentlichen Vergabe, die Stärkung von Tarifverträgen, sowie der Einsatz der

SPD für eine lebensstandardsichernde Rente sind deswegen die sozialdemokratischen Antwort für ein selbstbestimmtes Leben für alle. Doch wissen wir, dass dies aktuell nicht die Realität ist, deshalb soll das Wohngeld Menschen mit geringem Einkommen unterstützen. Und das ist richtig.

Bisher hatte das Wohngeldgesetz des Bundes in München nur eine sehr eingeschränkte Wirkung und brachte viel Verwaltungsaufwand mit sich. Zwar gab es jedes Jahr mehr als 10.000 Anträge, aber nur 0,5% der Münchner Gesamtbevölkerung konnte vom Wohngeld profitieren und mehr als 2/3 aller Anträge musste abgelehnt werden. Nun ist es aufgrund des Einsatzes der SPD-Bundestagsfraktion und von Bauministerin Klara Geywitz möglich, dass gerade angesichts der aktuellen Krise mehr Rentner*innen, Familien und Münchner*innen mit geringerem Einkommen vom Wohngeld profitieren.

In eine andere Richtung gehen die Vorschläge der Münchner CSU zum kommunalen Wohngeld. Hier sollen alle Münchner*innen die anspruchsberechtigt sind für das Wohnungsbauprogramm München-Modell unterstützt werden. Das bedeutet auch eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von rund 100.000 Euro.

Während die CSU selbst in der Landesregierung des reichen Freistaats Bayern nichts umsetzt, um die Menschen in der Krise zu entlasten und noch die Versuche der Ampelregierung im Bundesrat aus parteitaktischen Gründen zurückweist, sorgen SPD-geführte Landesregierungen wie z.B. in Niedersachsen für eigene Entlastungspakete.

Das Wohngeld finanziert Mieteinnahmen von Vermieter*innen mit öffentlichen Mitteln quer und muss deswegen passgenau für diejenigen sein, die besonders schwere Herausforderungen zu meistern haben. Ein Wohngeld auf dass weite Teile der Bevölkerung Anspruch haben, das haben Beispiele in anderen Ländern gezeigt, kann zu Mitnahmeeffekten führen, indem einfach die Mieten erhöht werden. Die städtische Hilfe in der Krise darf aber nicht per Gießkanne erfolgen. Wir haben deswegen den SWM Wärmefonds auf den Weg gebracht und werden sicherstellen, dass in München niemand frieren muss oder im Dunkeln sitzen wird. Ein kommunales Wohngeld wäre nicht der richtige wohnungs- oder sozialpolitische Weg, vielmehr ist die Forderung der Münchner CSU blanker Opportunismus.

Ein Wohngeld für weite Teile der Bevölkerung akzeptiert die Logik des renditeorientierten Wohnungsmarkt und versucht die Auswirkungen zu lindern. Auch wenn wir wissen, dass wir dicke Bretter bohren müssen, wollen wir diese Logik nicht akzeptieren.

Antrag:

(1) Die SPD Stadtratsfraktion wird aufgefordert, sich für eine rasche und unbürokratische Umsetzung der Wohngeldreformen in München einzusetzen. Dabei muss ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden.

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für eine deutliche Vereinfachung und Entschlackung der Abwicklung durch Änderungen der Wohngeldverordnung (WoGV) und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Wohngeldgesetzes (Wohngeld-Verwaltungsvorschrift – WoGVwV) einzusetzen, damit nicht zu Lasten der Antragstellenden oder des Personals lange Wartezeit entstehen.

(2) Die Landtagsfraktion wird aufgefordert sich im Landtag weiterhin für ein bayerisches Entlastungspaket, dass direkt die Menschen unterstützt, einzusetzen.

(3) Die Landtagsfraktion wird aufgefordert sich im Landtag im Rahmen der Konnexität für einen Ersatz der Personalmehraufwendungen und eine bessere personelle Ausstattung der kommunalen Sozialverwaltung einzusetzen und eine schnelle und unbürokratische Hilfe für alle Kommunen zur Auszahlung des Wohngelds zu erreichen, wobei Kommunen mit angespannten Wohnungsmarkt besonders zu unterstützen sind.

(4) Die Vorschläge der Münchner CSU für ein eigenständiges kommunales Wohngeld weist die Münchner SPD als blanken Populismus zurück.

Überweisen an

Stadtratsfraktion

9/III/2022

Beschluss

Mieter*innen schützen

Mieter*innen schützen

Die SPD steht an der Seite der Mieter*innen. Seit vielen Jahren kämpfen wir für mehr Mieterschutz. Diese Themen bewegen uns im Moment, hier sehen wir Ansatzpunkte mehr Rechte für Mieter*innen zu erkämpfen:

Der Freistaat enthält den Mieter*innen seit Juni 2021, also seit inzwischen etwa eineinhalb Jahren, ein wichtiges Mieterschutzgesetz vor und lässt sie damit wiederum im Stich. **Mit dem Baulandmobilisierungsgesetz könnte der Freistaat alle Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen in München unter den Genehmigungsvorbehalt stellen.** Und nicht nur wie aktuell in Erhaltungssatzungsgebieten.

Gleichzeitig würde ein in München leider sehr oft genutzter Umgehungstatbestand entfallen: Wenn ein*e Vermieter*in den Mieter*innen sieben Jahre die Wohnung zum Kauf anbietet und diese das Kaufangebot nicht annehmen, kann er oder sie danach die Wohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln. Diese Regelung bietet nur Schutz, wenn die Mieter*innen die Chance haben tatsächlich ihre Wohnung zu kaufen. Bei den aktuellen Eigentumspreisen, ist das Angebot für viele eine reine Farce. Diese Lücke würde durch das Gesetz geschlossen.

Gleichzeitig ist es wichtig dass der Freistaat schnell handelt, denn das Gesetz ist befristet. Berlin hat dieses Gesetz schon Anfang Oktober 2021 umgesetzt. Der Freistaat braucht noch Gutachten. Das ist nur eine weitere Verhinderungstaktik der CSU. Wir sind uns sehr sicher, dass München ein angespannter Wohnungsmarkt ist auch ohne Gutachten.

Im November 2021 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, **dass Kommunen das Vorkaufsrecht in Erhaltungssatzungen fast gar nicht mehr anwenden können.** Denn sie darf die Bewohner*innen nicht mehr vor einer Verdrängung in der Zukunft schützen, sondern sie darf nur eingreifen, wenn jetzt ein Missstand, zum

Beispiel Leerstand, herrscht. Seit dem Urteil konnte die Stadt rund 1000 Menschen in 556 Wohnungen nicht schützen. Deshalb hat sich in München ein breites Bündnis formiert, in dem die SPD aktiv mitarbeitet. Und unsere Bundesbauministerin Klara Geywitz hat einen Gesetzesentwurf für ein Zurück zum alten Vorkaufrecht vorgelegt. Dieser wird derzeit vom FDP-geführten Justizministerium geblockt. Wir erwarten, dass die FDP die Blockade beendet, im Koalitionsvertrag ist klar geregelt, dass dieses Gesetz auf den Weg gebracht und verabschiedet werden muss.

In Zeiten steigender Energie- und Lebensmittelpreise ist eine Atempause für Mieter*innen noch drängender. Denn allen Krisen zum Trotz steigen die Mieten weiter. Die Mieter*innen brauchen dringend eine Atempause. **Deshalb kämpfen wir weiter für einen bundesweiten sechsjährigen Mietenstopp** für Gebiete mit angespannten Wohnungsmarkt. Hier sollen die Mieten für sechs Jahre eingefroren werden, auch um Zeit zu haben, dass politische Maßnahmen wirken können. Die Stadt ist hier, auf unserer Initiative hin, Vorbild und hat schon 2019 einen fünfjährigen Mietenstopp in Städtischen Wohnungen erlassen.

In den letzten Jahren mussten immer mehr Münchner*innen Indexmietverträge in München akzeptieren. Mit solchen Verträgen kann die Miete jedes Jahr analog des Verbraucherindex erhöht werden. Positiv ist, dass bei diesen Verträgen Mietsteigerungen wegen Modernisierungen ausgeschlossen sind. Die negative Seite bekommen jetzt viele Mieter*innen zu spüren. Neben den gestiegenen Nebenkosten, steigt auch die Miete sprunghaft an. Da Erhöhungen um 10% in einem Jahr möglich sind. Denn für Indexmietverträge gilt keine Obergrenze, die Mieter*innen vor Überforderung schützt. Wir fordern, dass die Kappungsgrenze auch für Indexmietverträge gilt.

Antrag:

(1) Wir fordern vom Freistaat, dass er endlich seine Verzögerungstaktik aufgibt und die Möglichkeiten des Baulandmobilisierungsgesetzes durch die landesrechtlich notwendigen Rechtsverordnungen auch vollständig umsetzt. Und zwar explizit einschließlich dem Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen

(2) Wir fordern von der FDP ein Ende der Blockade des Gesetzesentwurfs von Klara Geywitz zum **Vorkaufrecht in Erhaltungssatzungsgebieten**. Der Koalitionsvertrag ist in dieser Frage klar, wir brauchen ein Gesetz, damit die Kommunen ihre Rechte zurück bekommen

(3) **Wir fordern einen bundesweiten sechsjährigen Mietenstopp**, für alle angespannten Wohnungsmärkte um den Mieter*innen eine Atempause zu verschaffen und der Politik die Zeit zu verschaffen, wichtige Reformen umzusetzen.

(4) Wir fordern unsere Bundestagsabgeordneten auf, **die Forderungen einer Kappungsgrenze für Indexverträge** in die politische Diskussion um die Entlastungspakete einzubringen.

Überweisen an

Stadtratsfraktion

12/III/2022**Beschluss****Gewerbeflächenmanagement in Neubauquartieren - Urbane Infrastruktur schaffen****Gewerbeflächenmanagement in Neubauquartieren - Urbane Infrastruktur schaffen**

Bei großen Münchner Stadtentwicklungsprojekten wie z.B. Neufreimann ist im Einzelfall zu prüfen, eine gemeinwohlorientierte Agentur/Organisation mit der gemeinsamen Vermarktung und Belegung der gewerblichen EG Flächen zu beauftragen. Dabei sollten alle Bauherren/Investoren, auch Genossenschaften, Baugemeinschaften und die städtischen Wohnungsbaugesellschaften verpflichtet werden, diese Flächen zu einem einheitlichen (günstigen) Mietzins an diese Gesellschaft zu vermieten. Das Risiko der Gewerbeflächenvermarktung würde somit den Wohnungsvermietern abgenommen und die Belegung der Flächen könnte nach Bedarf und Marktsituation erfolgen, ohne behördliche Hürden und flexibel. Dabei können die Mieten an die Wirtschaftskraft des jeweiligen Mieters (Frequenzbringer und Identitätsbringer) angepasst werden und so die gewünschte lebendige, kleinteilige urbane Mischung geschaffen werden.

Wohnungsbauunternehmen scheuen das Risiko der Vermarktung von erdgeschossigen Gewerbeflächen, besonders in Quartieren, die erst nach und nach bezogen werden. Vermietung von Gewerbe zählt nicht zur Kernkompetenz dieser Unternehmen. Wiener Beispiele zeigen, dass es sinnvoll ist, dieses Segment auszulagern und so durch Querfinanzierung auch in Neubauquartieren von Anfang an eine differenzierte und belebende Infrastruktur zu etablieren.

Überweisen an

Stadtratsfraktion

14/III/2022**Beschluss****Baugenossenschaften erhalten****Baugenossenschaften erhalten**

Die Münchner SPD wird aufgefordert, sich über den Oberbürgermeister, die Stadtratsfraktion und ihre Bundestagsabgeordneten einzusetzen, damit auf Bundesebene endlich eine Lösung für die Wohnblöcke der Eisenbahnergenossenschaften in München erreicht wird, die bisher in ihrem Bestand nicht gesichert sind.

Überweisen an

Oberbürgermeister, Stadtratsfraktion

17/III/2022

Beschluss

Das Sofortunterbringungssystem der LH München rechtstaatlich und qualitativ weiterentwickeln!

Das Sofortunterbringungssystem der LH München rechtstaatlich und qualitativ weiterentwickeln!

- Die Bettplatzentgelte in Beherbergungsbetrieben, Flexiheimen und anderen Unterbringungsformen sind auf Minderungspotentiale und Konformität mit dem Kommunalen Abgabegesetz (KAG) zu überprüfen- sollte die Möglichkeit bestehen, die Entgelte zu reduzieren, sind diese konsequent zu nutzen.
- Das Sozialreferat wird beauftragt, im Nutzen der Möglichkeiten des SGB VIII i.V.m. dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz niedrigschwellige Zugänge zu bedarfsdeckenden Hilfen für junge Erwachsene zu beschreiben und umzusetzen, ggfs. eine neue niedrigschwellige Konzeption zu erarbeiten und als Pilotprojekt umzusetzen.
- Der Hinweis des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, dass die Staatsangehörigkeit der nach LStVG ordnungsrechtlichen unterzubringenden Person für diese Entscheidung irrelevant ist, ist im Sofortunterbringungssystem konsequent umzusetzen.
- Das Sozialreferat wird beauftragt, die Versorgungssituation von Menschen mit seelischer Behinderung zu verbessern.a) Das Sozialreferat wird beauftragt, Gespräche mit dem Bezirk Oberbayern zu suchen, um die Versorgungssituation von Menschen mit (drohender) seelischer Behinderung im Sofortunterbringungssystem im Nutzen der Möglichkeiten des SGB IX zu nutzen und zu organisieren.b) Das Sozialreferat konzipiert einen neuen Einrichtungstyp, der den in der Studie ‚Bedarfe wohnungsloser Frauen mit schweren chronischen psychischen Erkrankungen in München- eine Studie der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften‘ identifizierten Bedarfen Rechnung trägt.
-
- Begründung Eckdaten: **Zielgruppe und Bedarfe** wurden in einer empirischen Studie der HU München festgestellt analysiert und beschrieben, vgl. Forschungsbericht https://wohnungslosenhilfe-bayern.de/wp-content/uploads/2022/05/2022_Forschungsbericht-Bedarfe-wohnungsloser-Frauen-mit-schweren-chronischen-psychischen-Erkrankungen.pdf ¹ **Vorschlag:** Anmietung von 10 Einzelzimmern (kleine Pension) und Errichtung ca. 10 dezentraler Plätze (z.B. eine Etage in einem vorhandenen Notquartier, BiB, Übernachtungsschutz) schlichte, kleine Zimmer mit Bett, Nachttisch, Regal, eigenes

Bad, eigene Küchenzeile, Gemeinschaftsraum, das Mitbringen von (Haus-)Tieren ist erlaubt **Öffnungszeiten 24/7:** - 24-Std. Pforte für Aufnahme und Schutzaspekt und ‚Tür und Angelgespräche‘ - Aufnahme ohne Hürden (Name, Unterlagen, etc. sind nicht notwendig) - Keine zeitliche Befristung - Vorerst keine Mitwirkung erforderlich **Personal:** - 2 VZÄ Sozialarbeiter*innen Schlüssel 1:6, Beratung und Begleitung bei Anfrage - Psychiaterin, eingebunden in das Team, drei bis vier Tage / Woche - Gerontopsychiatrische Fachkraft/ psychiatrische Fachpflegekraft TZ - Allgemeinärztin, eingebunden in das Team, drei bis vier Tage / Woche - Verwaltungskraft TZ - Leitung TZ - Hauswirtschaft - Ergotherapie - Pfortenmitarbeiterinnen - Gynäkologin nach Bedarf - Kooperation mit Zahnklinik o.ä. **Maßnahmen: Angebote durch Sozialarbeit:**

- Beziehungsaufbau zugehend aufsuchend
- Angebote der Beratung und Existenzsicherung (ausdauernd und nachgehend)
- Angebote zur Hygiene und Gesundheit
- Begleitung zu Ämtern, Ärzt*innen, ehemaligen Vermieter*innen, etc. **Angebote der Psychiaterin:**
- Beziehungsaufbau
- Zugehende, aufsuchende Beratung
- Motivation zur Behandlung
- Medikation
- falls notwendig: Motivation zur Medikamenteneinnahme **Angebote der Allgemeinärztin:**
- Beziehungsaufbau
- Zugehende, aufsuchende Beratung
- Motivation zur Behandlung
- Motivation zur Medikamenteneinnahme
- Motivation zu einer gesünderen Lebensweise

Überweisen an

Stadtratsfraktion

19/III/2022

Beschluss

Verpflichtende Aufnahme von Jugendspielplätzen ins Baugesetzbuch

Verpflichtende Aufnahme von Jugendspielplätzen ins Baugesetzbuch

Bei größeren zusammenhängenden Bebauungsgebieten (Bebauungsplänen) von ca. 500 bis 1.000 Wohneinheiten sind verpflichtend konsumfreie Räume für Jugendliche oder Einrichtungen und Jugendspielplätze (ca. 12-21 Jahre) im Gesetzestext des BauGB aufzunehmen. Im Baugenehmigungsverfahren sind sie Bestandteil des genehmigungspflichtigen Vorhabens und somit in den Lageplan aufzunehmen. Eine Ablöse ist nur noch zu gestatten, wenn dadurch auf Kosten der Bauherr*innen in der unmittelbaren Nähe adäquater Ersatz neu geschaffen werden kann.

Die Beteiligung junger Menschen wird durch § 3 BauGB geregelt. Dieses Mitwirkungsrecht muss im Text so geändert werden, dass es auch gegenüber den Planungsbehörden durchgesetzt werden kann, damit die Jugendlichen zur vorgelegten Planung ihre Stellungnahme abgeben können.

Überweisen an

Landtagsfraktion

weitere Anträge

2/III/2022

Beschluss

angenommen

Forderung einer Übergewinnsteuer bzw. Besteuerung des Zufallsgewinns für den Weiterbetrieb der verbliebenen Atomkraftwerke während des Streckbetriebs oder eines anderweitigen Betriebseinsatzes über den 31.12.2022 hinaus

Die BundesSPD und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich für eine Übergewinn-Besteuerung des zu erwartenden Gewinns bei einem Weiterbetrieb der Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und eventuell Emsland entschieden einzusetzen. Hier liegt der idealtypische Fall eines durch Ausnützung einer Krisensituation erwirtschafteten Übergewinns bzw. Zufallsgewinns vor. Der Weiterbetrieb bis Mai 2023 könnte, am Beispiel von Isar 2, Preußen Elektra einen Gewinn von 1.35 bis 2 Mrd. Euro* beschieren, der ausschließlich durch die im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg entstandene Mangelsituation generiert ist. Es handelt sich somit eindeutig um einen Krisenprofit, dessen Besteuerung die EU-Kommission ihren Mitgliedstaaten ausdrücklich erlaubt hat.

Überweisen an

Bundestagsfraktion, Bundesvorstand, Stadtratsfraktion

3/III/2022

Beschluss

angenommen

Ausstattung von Wehenzimmern in den München Kliniken

Die Wehenzimmer der Geburtsstationen der München Kliniken werden mit Elementen ausgestattet, die die Wehenarbeit unterstützen, d.h. Haltemöglichkeiten für unterschiedliche Körpergrößen und BMIs, Anleitungen für die Begleitperson, wie sie die Wehenarbeit aktiv unterstützen kann, leichte Decken, Massageutensilien.

Überweisen an

Stadtratsfraktion

5/III/2022**Beschluss**
angenommen**Schulung des Personals der Geburtshilfe in München Kliniken zu psychischer Gewalt**

Das Gesundheitsreferat erarbeitet und setzt um ein geeignetes Schulungs- und Supervisionskonzept zur Prävention von psychischer Gewalt während der Geburt. Die Zielgruppe ist das geburtsbegleitende Personal, d.h. Frauenärzt*innen und Hebammen.

Überweisen anStadtratsfraktion

6/III/2022**Beschluss**
angenommen**Paritätische Besetzung von Geschäftsleitungen bei städtischen Unternehmen**

Die Stadtratsfraktion wird aufgefordert die Hälfte der Führungspositionen in der Stadtverwaltung und in städtischen Beteiligungsgesellschaften mit Frauen zu besetzen.

Überweisen anStadtratsfraktion

10/III/2022**Beschluss**
angenommen

Automobilindustrie transformieren - Mobilitätswende, Eigentumswende, Industriewende

Mitglieder der Jusos München, der IG Metall Jugend München und von Fridays for Future München haben auf einem gemeinsamen Seminar über die Transformation der Automobilindustrie diskutiert. Dabei haben wir gelernt, dass es sowohl bereichernd als auch anstrengend ist, den eigenen Organisationshintergrund zu verlassen. Gleichzeitig Verbindendes zu bestärken und Trennendes zu überwinden ist eine notwendige Voraussetzung für eine demokratische Veränderung unserer Gesellschaft.

Gemeinsame Ausgangsanalyse: Die Klimakrise und die Notwendigkeit zu Handeln Die Klimakrise bedroht unsere Welt existenziell. Wir sind uns darüber einig, dass die aktuellen Zustände radikale Antworten erfordern. Wir sind uns auch darüber einig, dass die Antworten Politische sein müssen. Die Verhaltensänderung von Individuen ist nicht ausreichend und deshalb nicht geeignet, um die Klimakrise aufzuhalten. Unterschiedliche Interessen resultieren aus unterschiedlichen Lebenswelten und Lebensrealitäten. Es ist die Aufgabe der demokratischen Gesellschaft, diese Interessenkonflikte zu akzeptieren und zu moderieren. Durch inhaltlichen Austausch – wie zum Beispiel das oben erwähnte Seminar – ist es möglich, andere Interessen besser zu verstehen und zu erkennen, dass Interessenkonflikte nicht immer ein “Entweder- Oder” bedeuten müssen. Vielmehr sind unterschiedliche Interessen oft ein Ausdruck von verschiedenen Blickwinkeln auf dasselbe Problem. In der aktuellen Demokratie haben verschiedene Interessenvertreter*innen unterschiedliche Stellungen. Dabei kommen gerade junge Menschen zu wenig zu Wort und Wirtschaftslobbyist*innen sorgen dafür, dass die Interessen großer Konzerne viel stärker gewichtet werden als die Interessen der Vielen in unserer Gesellschaft. Das verbleibende CO₂-Budget, das uns noch zur Verfügung steht, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, wird, wenn wir dem aktuellen kapitalistischen Kurs folgen, um ein Vielfaches überschritten werden. Nur, wenn wir es schaffen, Emissionen drastisch zu reduzieren, ist der Erhalt der Welt, wie wir sie kennen, möglich. Nur durch radikale Veränderung ist eine Sicherung guten Lebens auf diesem Planeten möglich.

Unser gemeinsames Ziel: Klimagerechtigkeit

Bei der Transformation der Automobilindustrie ist aus Klimaschutz-Perspektive Geschwindigkeit ausschlaggebend. Dekarbonisierung muss schnell passieren und anders als in der Vergangenheit in der Industrie als eine Herausforderung der Gegenwart und nicht der Zukunft verstanden werden. Eine Orientierung am CO₂-Budget gemäß dem Pariser Abkommen macht den kurzfristigen Handlungsdruck sichtbar. Klimagerechtigkeit bedeutet für uns, den nationalen Ausstoß von Klimagasen vor 2035 auf null zu reduzieren. Darüber hinaus sollte auch die globale Verantwortung Deutschlands – als reiches Land des globalen Nordens mit hohen historischen Emissionen – gegenüber Ländern des globalen Südens, die schon heute viel stärker von den Folgen der Erderhitzung betroffen sind, bedacht werden. Unter einer Transformation verstehen wir einen grundlegenden Wandel. Es ist ein Prozess der wesentlichen Veränderung vom aktuellen IST-Zustand hin zu einem angestrebten Ziel. Zur Bewältigung einer Transformation bedarf es einer oder mehreren Strategien. Transformation passiert auch, wenn wir sie nicht gestalten - wir müssen sie nach unseren Vorstellungen beeinflussen. Die Transformation der Automobilindustrie umfasst für uns vor allem drei Diskussionsstränge: Zuerst wollen wir klären, wie wir mit Autos und ihrer Rolle im Verkehr umgehen wollen. Dann beschreiben wir, wie die aktuellen Eigentumsverhältnisse der Transformation der Automobilindustrie hin zu einer CO₂-sparenden Produktion entgegenstehen. Abschließend zeichnen wir unsere Vision der Industrie der Zukunft.

Unsere Diskussionen verliefen oft entlang der Feststellung, dass einerseits ein kurzfristiges klimapolitisches Handeln notwendig ist, andererseits in der kapitalistischen Produktionsweise Klimagerechtigkeit nie erreicht werden kann. Wir wünschen uns Veränderungen, die grundlegend sind. Deshalb wollen wir kurzfristig und solidarisch für Klimaschutz in der kapitalistischen Welt, in der wir leben, kämpfen. Gleichzeitig arbeiten wir an einer Gesellschaftsutopie, die solidarisch und mit Verantwortung gegenüber künftigen Generationen am Erhalt unserer Lebensgrundlage arbeitet, gute Arbeits- und Lebensbedingungen sichert und Kapitalinteressen, die dem entgegenstehen, überwindet. Wir wissen aber, dass diese grundlegenden Veränderungen nur demokratisch gelingen können.

MOBILITÄTSWENDE: MOBILITÄT FÜR UNS MENSCHEN - NICHT DIE AUTOS

Unsere Analyse: Das aktuelle Verkehrssystem ist klimaschädlich und sozial ungerecht

Aktuell ist unser Mobilitätssystem auf das Verkehrsmittel Auto ausgerichtet. Dies wird bspw. an der Gestaltung von Städten sichtbar. So werden zum Beispiel in München 45% der Wege mit dem Auto zurückgelegt. Ein Auto in Deutschland kostet unsere Gesellschaft rund 5000 € im Jahr. Diese Kosten beinhalten vor allem gesellschaftliche und ökologische Auswirkungen. Sie entstehen durch gesundheitliche Schäden für die Bevölkerung, z.B. Lärmbelastung und Schadstoffbelastung, aber auch die langfristigen Auswirkungen der Klimakrise. Diese Kosten tragen auch Menschen, die kein Auto fahren. Der ÖPNV hingegen wird Nutzer*innenorientiert finanziert. Mobilitätskonzepte, deren Hauptfokus der motorisierte Individualverkehr ist, können nicht sozial gerecht sein. Diese Ungerechtigkeiten werden sichtbar in den Aspekten Sicherheit, finanzielle Exklusivität durch hohe Haltungs- und Betriebskosten und mangelnde Barrierefreiheit. Das autozentrierte Mobilitätskonzept beinhaltet auch eine starke Komponente der Geschlechterungerechtigkeit: Das soziale Geschlecht hat nämlich in Kombination mit anderen ökonomischen und sozialen Faktoren aufgrund von Rollenzuschreibung und -erwartungen Auswirkungen darauf, wie wir uns fortbewegen (wollen). Wer viel Care-Arbeit übernimmt, hat oft kleinteiligere Wege zu bewältigen die einfacher zu Fuß, mit dem Fahrrad oder ÖPNV zurückgelegt werden können. Die autozentrierte Verkehrsplanung ist in einer Gesellschaft, in der das Auto Männlichkeit rekonstruiert, Ausdruck der tief in der Gesellschaft verankerten patriarchalen Strukturen. Doch auch der ÖPNV und öffentliche Räume wie Parks oder Grünflächen entsprechen momentan nicht ausreichend unseren Ansprüchen an barrierearme und geschlechtergerechte Planung. Viele FINTA* (Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender) Personen meiden, besonders am Abend oder in der Nacht, bestimmte Wege aus Angst vor sexuellen Übergriffen. Wer es sich leisten kann, weicht deshalb notgedrungen auf die Nutzung eines Autos aus. Der öffentliche Personennahverkehr, Fußgänger*innenwege und Fahrradwege sind voller Barrieren und schließen Personen mit Mobilitätseinschränkungen genauso wie Familien mit Kinderwagen systematisch aus. Die meisten Menschen sind auf die Nutzung eines Autos geprägt und der Besitz gilt immer noch als Statussymbol. Es gibt Personengruppen, die auf das Auto angewiesen sind. Insgesamt entsteht durch die aktuell stark erhöhten Sprit-Preise infolge des Ukraine-Kriegs und des Gewinnstrebens der Mineralölkonzerne eine hohe finanzielle Belastung ohne Ausweg für einen Großteil der Bevölkerung. Unsere Gesellschaft braucht also eine umfassende und rasche Mobilitätswende. Wir fordern die Umgestaltung vom autogerechten Mobilitätssystem hin zu einem menschengerechten. Jeder Mensch soll sich unabhängig von ökonomischen, sozialen, demografischen und körperlichen Voraussetzungen frei im Verkehrssystem bewegen können.

Weniger Individualverkehr und mehr ÖPNV

Im Mobilitätsverhalten muss es eine Verlagerung weg vom motorisierten Individualverkehr (MIV) hin zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) geben. Damit dies gelingt, muss der ÖPNV massiv ausgebaut werden und der MIV auf das Mindestmaß begrenzt werden.

Ausbau des ÖPNVs (bedürfnisorientiert, barrierearm) Dabei ist es elementar, dass der Aus- und Umbau des ÖPNVs bedürfnisorientiert geschieht. So sollen Barrieren überwunden werden, zum Beispiel durch verständliche Stationsansagen und Beschilderungen und gut zugängliche Aufzüge. Außerdem sollen feministische Perspektiven in die Planung des Umbau des ÖPNVs einfließen. Das heißt bessere Ausleuchtung von Bahnhöfen und eine höhere Taktung der öffentlichen Verkehrsmittel. Ein klimaneutraler ÖPNV muss mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Die Kosten des ÖPNVs sollen außerdem solidarisch durch einen einkommensabhängigen Beitrag auf die gesamte Gesellschaft verteilt werden.

Autofreie Zonen in Städten Die Reduzierung des MIV soll durch Pilotprojekte, wie z.B. das autofreie Tal in München, vorangetrieben werden. Unser Ziel ist es, den MIV aus den Innenstädten zu verbannen. Für einen barrierearmen und gerechten Zugang (nicht alle Menschen können zu Fuß gehen oder Fahrrad bzw. ÖPNV nutzen) sind Mobilitätsmöglichkeiten wie Shared Taxis notwendig. Push-Maßnahmen, wie die alternative Nutzung und die gezielte Bepreisung von Parkplätzen, können dabei die Bevölkerung zur umwelt- und sozialverträglichen Mobilität bewegen.

Umverteilung des öffentlichen Raums Durch die Begrenzung des MIVs werden v.a. in der Stadt neue Flächen frei. Diese neuen Freiräume können beispielsweise für kulturelle und soziale Projekte verwendet werden. Außerdem entsteht mehr Platz für die Mobilitätsformen des Umweltverbundes, z.B. für Fußgehende und Fahrradfahrende. Besonders Synergien mit der Klimaanpassung durch neue Grünflächen müssen genutzt werden. Langfristig kann eine Neuverteilung der Fläche stattfinden, die unbedingt zugunsten der Menschen und der Umwelt passieren muss.

Wir brauchen auch eine Antriebswende

Wenn MIV, dann klimaneutral Wie zuvor gezeigt, braucht es vordergründig eine Verlagerung des Verkehrs vom MIV hin zum Umweltverbund. Allerdings ist auch klar, dass ein gewisser Restbedarf an MIV bleiben wird. Dies betrifft beispielsweise mobilitätseingeschränkte Personen, Lieferverkehr und Handwerker*innen. Die essentielle Herausforderung in der Transformation der Automobilindustrie ist es somit, Produkte anzubieten, die hohen sozialen und ökologischen Standards folgen. Dafür braucht es eine **Antriebswende – das bedeutet eine Abkehr von Antrieben, die mit fossiler Energie betrieben werden** – sowie den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen bzw. den Einsatz recyclingfähiger Materialien im Sinne einer **Kreislaufwirtschaft**.

Batterie Elektrische Antriebe sind die Nachhaltigsten für MIV Die aktuell effizienteste und nachhaltigste Antriebstechnologie ist die von Batterie- Elektrofahrzeugen (Abkürzung: BEV). Daher soll von sowohl staatlicher als auch unternehmerischer Seite diese Technologie und ihre weitere Erforschung und Verbesserung gefördert werden. Wasserstoffbetriebene Brennstoffzellen-Elektrofahrzeuge (Abkürzung: FCEV) lehnen wir als Lösung für die Antriebswende der Privat-PKWs ab. Allgemein haben Brennstoffzellen einen sehr ineffizienten Wirkungsgrad und Grüner Wasserstoff wird in naher Zukunft in anderen Bereichen (Luftfahrt, Schwerlasttransport, Chemieindustrie) benötigt. Deshalb sollte auch für genau diese Bereiche die Forschung für mit Grünem Wasserstoff betriebene Technologien durchaus weiter gefördert werden. Jedoch muss unbedingt verhindert werden, dass die Hoffnung auf technologischen Fortschritt die sofort nötigen Veränderungen in Verhalten und den Einsatz bereits zur Verfügung stehender Technologien ausbremst.

Die Vorteile der Sektorkopplung nutzen Im Kontext von Elektroautos sehen wir auch Chancen in der sogenannten Sektorkopplung. Beispielsweise können Elektroautos mit Solarzellen auf dem Dach gebaut werden, sodass die Batterie mit selbst erzeugtem Solarstrom geladen, also der Mobilitäts- mit dem Energie-Sektor gekoppelt wird.

Hybrid-Fahrzeuge sind nicht Teil der Lösung Die bestehenden Förderungen von Hybrid-Fahrzeugen bewerten wir angesichts der darin verbauten und überwiegend genutzten, auf fossilen Kraftstoffen basierenden Verbrennungsmotoren als absolut kontraproduktiv. Aus einer Vielzahl von Gründen sind diese kein sinnvoller Beitrag zur Mobilitätswende, sondern lediglich ein fossiler Lock-In.

Bedarfsorientierte Anreize für E-Mobilität Angesichts der heutigen Preise neuer Elektrofahrzeuge wird deutlich, dass der Zugang zu solchen als eine Frage sozialer Gerechtigkeit betrachtet werden muss. Denn Menschen, die auf motorisierten Individualverkehr angewiesen sind, müssen auch bezahlbaren Zugang zu nachhaltigen Formen des motorisierten Individualverkehrs haben. Dies gilt nicht nur für das E-Auto selbst, sondern auch für eine angemessene Ladeinfrastruktur. Daher fordern wir bedarfsorientierte Anreize und Subventionen im Bereich der Elektromobilität und staatlich gesicherte Ladeinfrastruktur. Wir sind davon überzeugt, dass nicht jede*r ein eigenes Auto besitzen muss. Car-Sharing und Mobilitätsstationen können einen wichtigen Beitrag leisten, Hürden zur gemeinschaftlichen Nutzung von Elektromobilität abzubauen.

Stadt und Land unterschiedlich betrachten

Ländliche Regionen bei der Mobilitätswende nicht abhängen! Wir erkennen an, dass unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse in städtisch und ländlich geprägten Regionen vorherrschen. Deshalb müssen für Stadt und Land unterschiedliche Mobilitätskonzepte entwickelt werden. Dabei muss besonders darauf geachtet werden, dass strukturschwache Regionen nicht weiter abgehängt werden. Der Ausbau des ÖPNV und der Fahrradinfrastruktur ist auch in ländlichen Regionen unabdingbar. Viele Menschen dort sind auf ihr Auto angewiesen, das ÖPNV-Netz ist nicht ausreichend ausgebaut. ÖPNV, der nur wenig ausgelastet ist, bringt keine Einsparung von Emissionen gegenüber dem MIV. Deshalb müssen insbesondere in ländlichen Regionen Mobilitätskonzepte anders gedacht werden. Nichtsdestotrotz sind wir der Auffassung, dass auch in ländlichen Gebieten die Nutzung des MIV reduziert werden muss. Die Mobilität auf dem Land muss in Zukunft multimodal (aus verschiedenen Verkehrsmitteln bestehend) sein, um Emissionen zu reduzieren.

Park&Ride als Schnittstellenlösung zwischen Stadt & Land Der Ausbau von Park&Ride-Angeboten und deren kostenlose Nutzung für alle Bürger*innen ermutigt zur Nutzung des ÖPNV für Teilstrecken. Gerade für Pendler*innen kann dies in Verbindung mit einer niedrigpreisigen Tarifgestaltung im ÖPNV eine zugängliche Mobilitätslösung für die Verbindung zwischen Stadt und Land bieten.

Lieferverkehr

Effizientere Organisation der Lieferketten Beim Umbau unseres Mobilitätssystem muss besonders in der Stadt der Lieferverkehr mitgedacht werden. Die Lieferung von Päckchen, Lebensmitteln oder Post wird momentan von vielen unterschiedlichen Logistikdienstleister*innen mit großen Transportern geliefert. Durch zentrale Logistikstellen in Quartieren können Lieferketten effizienter gestaltet werden. Diese Logistikstellen können als Teil der Daseinsvorsorge von Kommunen aufgebaut werden. Der Transport vom Logistikzentrum zu den Empfänger*innen soll mit Lastenfahrrädern durchgeführt werden. Wir fordern einen deutlichen Ausbau der Schieneninfrastruktur zum Warentransport, um insbesondere auf langen Strecken eine emissionsarme Alternative zu interregionalen und internationalen Transportwegen mit LKW zu schaffen.

AKTUELLE EIGENTUMSVERHÄLTNISSE STEHEN DER TRANSFORMATION DER AUTOMOBILINDUSTRIE ENTGEGEN Die Ausbeutung von Mensch und Natur gehen in der kapitalistischen Produktionsweise miteinander Hand in Hand, finden aber auf unterschiedliche Art und Weise statt. Wenige Menschen haben die ökonomische Macht, über die Ressourcen und Produktionsweise zu entscheiden, deren Verbrauch jedoch Auswirkungen auf uns alle hat. Solange fossile Energieträger vorhanden sind, gibt es ein ökonomisches Interesse, diese zu verkaufen, die

Nachfrage danach aufrechtzuerhalten und damit auf Kosten nachfolgender Generationen zu wirtschaften sowie die Entscheidungsgewalt darüber außerhalb demokratischen Zugriffs zu halten. Solange die Eigentumsverhältnisse so sind und solange Entscheidungen über beispielsweise Energieträger von einigen wenigen getroffen werden, ist echter Klimaschutz, der das 1,5 Grad Ziel erreicht, nicht realisierbar. Entscheidungen werden so getroffen werden, dass sie kurzfristig den Gewinn erhöhen, ohne die Folgen für die aktuelle und nachfolgende Generationen zu berücksichtigen. Unser Ziel ist die Abkehr von der Gewinnmaximierung hin zu einer nachhaltigen, ressourcenschonenden, demokratischen Gesellschaft. Denn solange Arbeiter*innen auf ihre Arbeit angewiesen und gleichzeitig nicht im Besitz von Produktionsmitteln sind, wird die Ausbeutung von Mensch und Natur weitergehen.

Deshalb müssen die Produktionsmittel vergesellschaftet werden. Dadurch werden Kapital, Unternehmen und Gesellschaft umstrukturiert und gesellschaftliche Teilhabe gestärkt. So werden entscheidende Fragen der Ressourcenverwendung zum Erhalt einer lebenswerten Welt und guten Arbeits- und Lebensbedingungen gemeinschaftlich getroffen.

Fragen, auf die wir Antworten finden müssen, sind: Wer entscheidet letztendlich, wenn eben nicht top-down entschieden wird? Welche Institutionen sind sinnvoll? Wer darf z.B. entscheiden, welche und wie viele Ressourcen verbraucht werden dürfen? Wie gehen wir mit dem Interessenkonflikt um, dass Arbeiter*innen in erster Linie den Erhalt ihres Arbeitsplatzes zum Ziel haben, während das Erreichen einer klimaneutralen Produktion dem vermeintlich entgegensteht obwohl auch die Zukunft von Industriearbeiter*innen vom Erhalt unserer Lebensgrundlage abhängt? Wie machen wir es begreifbar, dass es einen fundamentalen Widerspruch zwischen Kapital und Klimaschutz gibt?

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche Wir erkennen an, dass wir die Eigentumsfrage nicht kurzfristig lösen werden. Auch ein Mehr an demokratischer Mitbestimmung löst die kapitalistischen Realitäten nicht auf. Dennoch braucht es im ersten Schritt eine Weiterentwicklung der demokratischen Strukturen in den Unternehmen und der Zivilgesellschaft. Wir wollen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Entscheidungen nicht zwangsläufig zur Mehrung von Kapital getroffen werden müssen. Vielmehr soll es um das Wohl der Gesellschaft gehen. Egoismus und Konkurrenz unter den Beschäftigten sind keine naturgegebene Zwangsläufigkeit, sondern eine konstruierte Erzählung, die Solidarität ebenso verhindert wie Gemeinwohl und Klimaschutz. Wir trauen den Menschen zu, demokratische Entscheidungen zu treffen und damit gemeinsam Verantwortung zu übernehmen für eine gerechtere, sozialere und ökologischere Gesellschaft. Langfristig macht die Demokratisierung die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln nicht überflüssig, sondern bereitet ihr den Weg. Den Privatbesitz von Produktionsmitteln wollen wir überwinden. Dies bedeutet, dass in Unternehmen ab einer bestimmten Größe alle Mitarbeiter*innen am Eigentum beteiligt sein müssen. Die Grundlage für demokratische Mitbestimmung ist die Stärkung politischer Bildung, die für alle zugänglich ist.

Mitbestimmung im Betrieb Wo sich Arbeitsplätze stark verändern oder ersetzt werden, muss die Qualität des Arbeitsplatzes erhalten bleiben. Das kann nur mit einer starken Mitbestimmung sowie planbaren, staatlichen Vorgaben und betrieblichen Investitionen funktionieren. Das bisherige Vorschlagsrecht der Betriebsräte zur Sicherung von Arbeitsplätzen muss zu einem Mitbestimmungsrecht aufgewertet werden. Planung, Gestaltung und Änderung der Arbeitsplätze, der Arbeitsumgebung und der Arbeitsorganisation einschließlich der Arbeitsverfahren und der Arbeitsabläufe müssen mitbestimmungspflichtig sein. Bei Betriebsänderungen muss der Interessenausgleich über die Einigungsstelle durchsetzbar sein. Die Einigungsstelle hat dabei auch die überbetrieblichen Auswirkungen zu berücksichtigen. Um die Position der Beschäftigten weiter zu schützen, brauchen wir einen besonderen Rechtsanspruch auf Umschulung, Fort- und Weiterbildung für von der

Transformation betroffene Branchen und staatliche Strukturhilfen. Darüber hinaus müssen Betriebsräte insgesamt ein Mitbestimmungs- und Initiativrecht für die Berufsbildung erhalten. Mitbestimmungsstrukturen schaffen die Voraussetzung dafür, den Wandel sozial gerecht zu gestalten. Dennoch sehen wir bei diesen aktuell ein großes Verbesserungspotenzial im Hinblick auf die rechtlichen Grundlagen. Konkret fordern wir ebenfalls die Aufhebung der maximalen Gremiengröße der Jugend- und Auszubildendenvertretung und des Betriebsrates, die deutliche Verbesserung der Prävention und Bekämpfung von Union Busting (die systematische Unterdrückung und Sabotage von Gewerkschaften) sowie die Schaffung unabhängiger Beratungs- und Unterstützungsstellen. Gewerkschaften müssen ein digitales Zugangsrecht zu Betrieben erhalten.

Transformationsprozesse demokratisieren Die Entscheidung, wie staatliche Strukturhilfen und finanzielle Mittel zur Gestaltung der Transformation eingesetzt werden, darf nicht den Unternehmer*innen und ihrem Kapitalinteresse überlassen werden. Wir wollen regionale Transformationsräte einrichten, in denen Delegierte des Betriebsrates und der JHV der Betroffenen Industriebetriebe gemeinsam mit Delegierten der lokalen Klimaräte und Vertreter*innen der Kommunalpolitik darüber beraten, wie die Mittel eingesetzt werden, um einerseits industrielle Produktion zu erhalten und zu transformieren, sowie andererseits eine Reduktion der CO2 Emissionen zu erreichen und Arbeitsplätze zu sichern. Die Beschäftigten in der Industrie sehen sich nicht nur der Angst eines Arbeitsplatzverlustes ausgesetzt. Gleichzeitig kämpft die Industrie mit einem enormen, hausgemachten Fachkräftemangel. Ein Grund für diesen Fachkräftemangel ist der Mangel an Ausbildungsplätzen. Während einzelne Unternehmen gar keine Ausbildungsplätze anbieten, bilden andere Unternehmen über Bedarf aus oder ihre ausgebildeten Fachkräfte werden abgeworben. Dieses Ungleichgewicht wollen wir mit einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie, ähnlich bestehender Umlagen wie z.B. für Unternehmensinsolvenzen, beseitigen.

Ausschuss für Klimawirtschaft in den Industriebetrieben Wir wollen einen Ausschuss für Transformation und Klimawirtschaft in den Industriebetrieben, der im Betriebsverfassungsgesetz als Pflichtausschuss verankert ist und in jedem Betrieb mit Betriebsrat eingerichtet werden muss. Dieser setzt sich aus Betriebsrät*innen (BR); Jugend- und Auszubildenden-Vertreter*innen (JAV), Expert*innen aus einem lokalen Klimarat und Arbeitgeber*innen zusammen. Um die Aufgaben zu bewältigen, soll der BR-Schlüssel im Verhältnis zur Belegschaft ausgeweitet werden. Der Transformations- und Klimaausschuss ist ein Ausschuss mit tatsächlichen Entscheidungskompetenzen. Unter diese Entscheidungen fallen einerseits die Ausrichtung der Produkte nach Kriterien der Nachhaltigkeit, zur Einsparung von CO2-Emissionen sowie die Reduktion des Ressourcenbedarfs und andererseits Entscheidungen über Produktionsformen und Produktionsbedingungen.

Produktion global denken In einer globalisierten Wirtschaft ist es notwendig, nicht nur die lokale Produktion zu betrachten. Es gilt die gesamte Lieferkette zu betrachten. Ohne konkrete Ansätze detailliert diskutiert zu haben, erscheint uns ein verbessertes Lieferkettengesetz, das sowohl ökologische Aspekte als auch Mindeststandards für Arbeits- und Produktionsbedingungen berücksichtigt, in diesem Zusammenhang sinnvoll. Unsere Ansätze müssen stets nicht nur national, sondern über die EU hinaus global umgesetzt werden. CO2-Ausstoß in Lieferkette und Produktion, der nicht auf null reduziert werden kann, muss durch negative Emissionen ausgeglichen werden, um Klimaneutralität sicherzustellen. Entsprechende Technologien, etwa Carbon Capture and Storage, oder Ausgleichszertifikate dürfen nicht für Greenwashing missbraucht werden und können Reduktionsmaßnahmen nicht ersetzen.

UNSERE VISION DER INDUSTRIE DER ZUKUNFT Die Bekämpfung der Klimakrise erfordert umfangreiche Veränderungen in allen Bereichen der Industrie. Die notwendigen Transformationsprozesse lösen bei vielen Menschen Vorbehalte und Ängste aus. Der Verlust des Arbeitsplatzes kann für die Beschäftigten in Industrieberufen als eine konkretere Bedrohung als die Vernichtung unserer Lebensgrundlage durch das Artensterben und

die Folgen der Klimakrise wahrgenommen werden. Diese subjektive Wahrnehmung der Bedrohung der Lebensgrundlage nehmen wir ernst. Die Transformation der Produktion kann nur gelingen, wenn die Mitarbeitenden in die Transformationsprozesse miteinbezogen werden. Die Mitarbeitenden selbst haben das größte Interesse, dass ihre Arbeitskraft und Expertise langfristig gebraucht wird. Deswegen sind wir davon überzeugt, dass die Mitarbeitenden selbst ein Interesse daran haben, die industrielle Produktion so zu gestalten, dass sie nicht unsere Lebensgrundlage zerstört und Ressourcen künftiger Generationen verwendet. Die Industrie ist verpflichtet, Sorge dafür zu tragen, den Mitarbeitenden zukunftsfähige Arbeit zu geben. Genauso darf die Industrie der Welt nur noch so viele Ressourcen entnehmen, wie es nötig ist, um ein Gleichgewicht zwischen Verbrauch und natürlicher Regeneration zu schaffen. Alles andere wäre eine nicht wieder gut zu machende Ungerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen.

Entwicklung Eine zentrale Eigenschaft, der bei der Entwicklung von neuen Produkten Rechnung getragen werden muss, ist die Möglichkeit des Recyclings. Deshalb fordern wir weniger verschiedene Bauteile. Das ermöglicht eine einfachere Produktion und Reparatur - der Recycling-Prozess wird also erleichtert. Bei Produkten sollten in Zukunft immer auch Pläne mit ausgearbeitet werden, die beschreiben, wie einem Produkt ein zweites Leben gegeben werden kann und wie es wieder in seine Bestandteile zerlegt werden kann.

Produktion Bei der Produktion entsteht der wesentliche Teil der Schadstofffreisetzung: Begonnen beim Abbau der Materialien über den Transport und Verarbeitung bis hin zur Montage und Vertrieb. Überall müssen die Belastungen der Umwelt daher erfasst, erheblich reduziert und gegebenenfalls ausgeglichen werden. Prozesse sollen so gestaltet werden, dass "Abfälle" wie z.B. Abwärme auch unternehmensübergreifend noch anders genutzt werden können. Produkte sollen aus recycelten Rohstoffen hergestellt werden und so wenig neue Rohstoffe wie möglich beanspruchen. Herstellungsanlagen und -prozesse müssen klimaneutral sein. Verpackungen sollen wiederverwendet oder recycelt werden. Transportwege müssen kurz gehalten werden.

Gebrauch Verbraucher sollen in nachhaltigem Konsum unterstützt werden, indem Produkte in Gebrauchs- und Verbrauchsgüter aufgeteilt werden, sodass Verbrauchsgüter einfach nachproduziert und ausgetauscht werden können. Gebrauchsgüter müssen auf lange Zeit produziert werden können, um den langfristigen Gebrauch des Produkts zu ermöglichen. Komponenten des Produkts sollen bei Weiterentwicklung ausgetauscht werden können. Der sogenannten „geplanten Obsoleszenz“ sagen wir den Kampf an. Geplante Obsoleszenz bedeutet, dass Produkte frühzeitig, meist kurz nach Ablauf der Garantie und vom Hersteller gewollt kaputt gehen und durch ein neu produziertes Produkt ersetzt werden müssen.

Reparatur Produkte müssen reparierbar sein. Sowohl Ersatzteile als auch Pläne zur Reparatur müssen einer möglichst breiten Öffentlichkeit bereitgestellt werden. Genauso muss es eine Möglichkeit geben, produktspezifische Reparaturwerkzeuge zu beschaffen oder herzustellen, damit auch unabhängige kleine Betriebe Reparaturen durchführen können. Durch unabhängige Angebote und einer verhinderten Monopolisierung von Reparaturdienstleister*innen werden die Verbraucher*innen geschützt. Eine aktive Sharing Economy soll auch bei Werkzeugen gelebt werden.

Recycling Einsparung von Ressourcen und deren Wiederverwertung sind nicht nur kostengünstiger, sondern auch in Hinblick auf den Einsatz von Arbeitskraft, Zeitaufwand und Produktionsmittel einiges effizienter. In ihre Bestandteile zerlegbare Produkte sind das Ziel. So können noch zu gebrauchende und reparierbare Bestandteile wiederverwendet werden. Ist dies nicht mehr möglich, müssen die Produkte recycelt werden. Darüber wie die Produkte recycelt werden können, muss der*die Kund*in beim Kauf ebenso informiert werden wie über die Recyclingraten der verbauten Materialien. Der Staat muss die Reparatur als Dienstleistung fördern. Dadurch

entstehen neue Arbeitsbereiche, besonders für kleine Handwerksbetriebe, mit neuen Arbeitsplätzen. Zusätzlich werden bestehende gestärkt.

Digitalisierung in Unternehmen Unternehmen müssen ihre bestehenden, teilweise nicht zukunftsfähigen Geschäftsfelder transformieren. Diese können durch konsequente Digitalisierung erschlossen werden. Dazu darf Digitalisierung nicht länger lediglich als eine Form der Automatisierung oder Möglichkeit neuer Verwaltung wahrgenommen werden. Stattdessen müssen die Potenziale von digitalen Geschäftsmodellen und Plattformen erkannt werden. Schafft man diese Digitalkompetenz im eigenen Unternehmen, ist man nicht auf Tech-Konzerne angewiesen, die immer weiter in das Geschäftsfeld der Automobilindustrie vorrücken. Viele Firmen nutzen zur Zeit Nachhaltigkeitskonzepte zum Entwickeln von Prototypen für Ausstellungen und Veranstaltungen. Dabei wird versucht, Greenwashing zu betreiben, da diese Prototypen in den wenigsten Fällen wirklich umgesetzt werden und in die Produktion gehen. Dies zeigt, dass die Konzepte bereits in der Automobilindustrie angekommen sind, jedoch mehr in die Tat umgesetzt werden müssen.

CO2-Bepreisung und Umverteilung Die Folgen der Erderwärmung erzeugen schon heute hohe Kosten. Ein Beispiel sind die häufigeren Waldbrände und Überschwemmungen. Diese Kosten werden in absehbarer Zeit steigen. Ebenso wird auch die nötige Transformation viel Geld kosten und Anreize benötigen. Die Gefahr besteht, dass diese Kosten nicht gerecht verteilt werden. Um dem entgegenzuwirken, ist das Ziel, klimaschädigende Konzerne nach dem Verursacher*innen-Prinzip auf eine sozial gerechte Weise in die Verantwortung zu nehmen. Wo Ordnungspolitik, etwa Produktstandards, an ihre Grenzen kommt, kann die CO2-Bepreisung in ausreichender Höhe zusätzliche Anreize für klimaschonendes Wirtschaften setzen. Unterschiedliche Modelle der CO2-Bepreisung berücksichtigen soziale Aspekte unterschiedlich stark. Konzepte wie das Klimageld, also eine pauschale Rückverteilung pro Kopf mit progressiver Wirkung (Menschen aus der unteren Einkommenshälfte haben durchschnittlich einen wesentlich geringeren CO2-Ausstoß und erhalten mehr Geld, als sie abgeben), können darauf eine Antwort liefern.

Überweisen an

Bezirksparteitag, Bundesparteitag, Landesparteitag

14/III/2022

Beschluss
angenommen

Mehr Angebote für Frauenschwimmen in München schaffen!

Die Stadt München führt in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken München weitere Angebote für Frauenschwimmzeiten in München ein. Die Angebote sollen möglichst auf verschiedene Wochentage, Tageszeiten und Stadtbezirke verteilt sein. Wichtig ist, dass dabei Becken sowohl für Nichtschwimmende als auch für Schwimmende zur Verfügung stehen. Auch in Schulschwimmbädern sollen gezielt Zeiten für Frauenschwimmkurse/Frauenschwimmzeiten ermöglicht werden. Gleichzeitig soll ein Konzept entwickelt

werden, das nichtbinären, trans- und inter Personen ebenfalls die sichere Nutzung von Schwimmbädern in München ermöglicht.

Überweisen an

Stadtratsfraktion

16/III/2022**Beschluss
angenommen****Antrag Schulausbau weiterführende Schulen**

Die Landeshauptstadt fordert alle weiterführenden, allgemeinbildenden Schulen die zu einem mittleren Schulabschluss oder zum Abitur führen, auf, zu dokumentieren, wie viele Einschulungsanfragen aus Kapazitätsgründen in den vergangenen drei Jahren abgewiesen werden mussten. Dazu zählen Gymnasien, Realschulen, aber auch Sonderzweige der Mittelschule wie die V-Klassen. Dabei soll besonders festgehalten werden, wie viele SchülerInnen und Schüler in Folge der Abweisung einen Schulweg von mehr als einer Stunde bewältigen müssen.

Des Weiteren überprüft die Stadt anhand der aktuellen Klassenstärken, mit wie vielen Schulabgängern aus den Grundschulen der einzelnen Stadtteile in den kommenden drei Jahren zu rechnen ist und vergleicht diese mit den Kapazitäten der Gymnasien und Realschulen im Stadtteil.

Auf Basis dieser Daten plant die Stadt einen Ausbau der weiterführenden Schulen bzw. fordert den Freistaat zu einem entsprechenden Schulausbau auf.

Überweisen an

Landtagsfraktion, Stadtratsfraktion

17/III/2022**Beschluss
angenommen****Sprachkitaprogramm erhalten. Ohne Lücke in die Finanzierung.**

Die sozialdemokratischen Mandatsträger*innen in der Stadt München, dem bayerischen Landtag und dem Deutschen Bundestag setzen sich für eine lückenlose Fortführung des Sprachkitaprogramms und dessen ausreichender Finanzierung ein. Dies geschieht in der Zusammenarbeit der politischen Ebenen, gleichzeitig aber auch jeweils in eigener Verantwortung und Umsetzungsmöglichkeit.

Überweisen an

Landesgruppe in der Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion, Stadtratsfraktion

18/III/2022

Beschluss

angenommen

upgrade:digitalpolitik

Die Jusos München haben vom 16. bis 18. September 2022 upgrade:digitalpolitik veranstaltet, ein kritisches Festival zu Digitalisierung und Innovation. Dabei kamen 150 junge Menschen für ein Wochenende zusammen, um verschiedene Aspekte von digitaler Transformation kritisch zu beleuchten.

Dieser Beschluss basiert auf dem hieraus entstandenen Manifest der Jusos München.

These 1: Die Frage ist nicht, wie digital wir sind, sondern wie wir digital sind! Viele Menschen in Deutschland fordern, dass die Digitalisierung schneller vorangehen muss und dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern hinterherhinkt. Gleichzeitig verändert die digitale Transformation unsere Gesellschaft in vielen Fällen sehr grundlegend, ohne dass diese Veränderungen kritisch reflektiert werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Gesellschaft ins Gespräch kommen und darum ringen, wie diese Transformation gestaltet werden soll. Wer profitiert von der Transformation, wer verliert? Wie verändert die digitale Transformation unser Zusammenleben, wie verändern sich Machtverhältnisse? Digital sein ist kein Selbstzweck, es geht nicht um die Frage, wie digital wir sind oder ob andere digitaler sind als wir. Die Frage ist, wie wir digital sind. Unser Ziel ist es, dass eine öffentliche Diskussion über die Gefahren der aktuellen Digitalisierung geführt werden. Unser Ziel ist es nicht nur, dass Individuen "aufgeklärt" werden über die Möglichkeiten und die Macht großer Tech-Konzerne. Sondern eine kritische gesellschaftliche Debatte darüber stattfindet, dass diese Macht große Gefahren mit sich bringt. Dabei sollen möglichst viele Menschen unterschiedlicher Gesellschaftsschichten beteiligt werden. Parteien, Gewerkschaften, aber auch dem Bildungssystem kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. **These 2: Die Digitale Transformation verstärkt die Eigentumskonzentration** Die Digitalisierung hat enorme Reichtümer in kurzer Zeit angehäuft. Diese sind extrem ungleich verteilt. Gleichzeitig zahlen Tech-Unternehmen kaum Steuern und profitieren von öffentlichen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Forschung. Langfristig werden die in der digitalen Welt angehäuft Vermögen auch dazu genutzt, um in andere Industrien zu investieren. Sei es das Kaufen von Zeitungen oder Investitionen in Immobilien. Wir sehen die wachsende Ungleichheit als großes Problem in unserer Gesellschaft an. Zum einen, da sich dadurch für viele Menschen eine schlechte Lebensqualität ergibt, zum Beispiel weil sie sich Wohnraum nicht mehr leisten

können. Zum anderen entsteht auf lange Sicht eine quasi feudale Gesellschaft, in der wenige Menschen viele Chancen und Freiheiten besitzen, viele Menschen große Probleme haben, über die Runden zu kommen. **These 3: Die digitale Transformation führt zu Machtkonzentration** Entscheidend ist bei der Digitalisierung, wem die Daten, Algorithmen, die Firmen, die Infrastruktur gehören. Dabei sind viele Innovationen, die maßgeblich für die Digitalisierung sind, an öffentlichen Einrichtungen erfunden worden, wie zum Beispiel das Internet selbst. Erst die kommerzielle Ausbeutung hat dazu geführt, dass einige wenige die Entscheidungskompetenz über weite Teile der “digitalen Welt” haben. Dabei werden zentrale Themen für eine offene Gesellschaft von privaten Entscheidungsträgern getroffen, Fragen der Meinungsfreiheit oder des Zugangs zu Informationen. Unsere Forderung der Demokratisierung geht aber darüber hinaus. Wir fordern, dass große digitale Plattformen als öffentliche Daseinsvorsorge betrachtet werden und daher vergesellschaftet werden müssen. **These 4: Die digitale Transformation muss klar reguliert werden.** Unser Ziel muss ein Primat der Politik sein. Das bedeutet demokratisch legitimierte Instanzen legen die Regeln online, genau so wie sie es offline tun, fest. Wir fordern insbesondere, dass die Europäische Union den Mut aufbringt, die Macht der großen Tech Konzerne zu regulieren und im besten Fall die Tech Konzerne zu zerschlagen. Wir befinden uns bereits in einer Situation, in der große Teile des gesellschaftlichen Lebens von wenigen Firmen abhängen. Eine Situation, in der wenige Firmen “too big to fail” sind. Dies gilt es durch entsprechende regulatorische Eingriffe rückgängig zu machen. **These 5: Daten sind eine wichtige Grundlage für die digitale Transformation** Viele Geschäftsmodelle im Internet beruhen auf der kommerziellen Verwendung von Daten. Dabei werden Daten im großen Stile gesammelt um daraus möglichst präzise Rückschlüsse auf Eigenschaften oder das Verhalten von Menschen zu ziehen. Diese Rückschlüsse werden dazu genutzt, um Menschen zu beeinflussen. Sei es dazu, mehr Zeit auf einer Plattform zu verbringen oder mehr Dinge zu kaufen. Wir fordern das Recht darauf, über alle Rückschlüsse, die aus privaten Daten gezogen werden, informiert zu werden. Aber auch die Möglichkeit für Menschen zu untersagen, dass Rückschlüsse aus ihren Daten gezogen werden. Wir fordern eine Vereinfachung, Transparenz und Anwender*innenfreundlichkeit im Datenschutz die es allen Menschen ermöglicht souverän über ihre Daten zu verfügen. Darüber hinaus möchten wir die Diskussion weiterführen, ob und wie wir als Gesellschaft “Big Data”, also das Sammeln und Auswerten großer Mengen an Daten, für eine Demokratisierung der Wirtschaft nutzen können bzw. wollen. **These 6: Algorithmen sind oft unfair und diskriminierend** Wir brauchen diskriminierungsfreie Algorithmen. Da die Algorithmen von Menschen programmiert sind, oder “künstliche Intelligenz” anhand von Menschen erstellten Datenbankebene “lernen”, sind sie besonders anfällig für die in aktuellen Gesellschaften vorliegenden Diskriminierungen. Gleichzeitig haben sie den Anschein der Unparteilichkeit, da es vermeintliche “Technik” ist, die in der Anwendung bestimmte Resultate erzielt. Insbesondere bei der breiten Anwendung in Medizin oder Justiz fordern wir eine große Gesetzgebung die diskriminierungsfreie Algorithmen sicherstellt. **These 7: Die digitale Transformation muss für mehr Gleichstellung sorgen.** Die digitale Transformation muss barrierefrei sein und möglichst allen Menschen den gleichen Zugang bieten. Dabei sollten insbesondere verschiedene Einschränkungen berücksichtigt werden. Wir fordern, dass mehr Förderung auch für private Geräte und spezielle Bedarfe für einen flächendeckenden Zugang zu Bereichen des digitalen Lebens stattfindet. Noch immer ist die Technikentwicklung ein sehr stark männlich dominiertes Feld. Das führt zwangsläufig dazu, dass die entwickelten Produkte männlichen Bias haben. Der feministische Kampf für eine gleichberechtigte digitale Welt hat noch weite Strecken vor sich. Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, die diesen Kampf erleichtern und langfristig überflüssig machen. **These 8: Für die digitale Transformation muss öffentliche Infrastruktur gefördert werden.** Wir fordern Investitionen des Staates, so dass wir bei der Infrastruktur nicht abhängig von privaten Firmen sind. Wenn immer größere Teile unseres Lebens im Digitalen passieren, ist es wichtig, dass alle Zugang zu diesen Lebensbereichen haben können. Dafür braucht es gut ausgebaut digitale Infrastruktur überall in Deutschland. Infrastruktur – und die Art und Weise, wie sie gestaltet ist, ist für eine verantwortungsvolle Transformation grundlegend. Insbesondere im Cloud-Computing sollte

der Staat eine nicht kommerzielle Alternative anbieten. Es braucht eine Alternative die es ermöglicht auch öffentlichen Einrichtungen der Bildung, der Verwaltung, aber auch des Gesundheitswesens Datenschutzrechtlich einwandfreie Lösungen mit einer Nutzer*innenfreundlichkeit zu verbinden. **These 9: Die digitale Transformation braucht gute Arbeitsplätze** Um die digitale Transformation erfolgreich und verantwortungsvoll zu gestalten, braucht es viele in verschiedenen Disziplinen gut ausgebildete Fachkräfte. Gerade unsere Generation hat hohe Ansprüche an die Arbeitswelt. Stark hierarchische Konzerne sind oft unattraktiver als kleine schnelle Unternehmen und Start-Ups. Wir wollen gerade junge Menschen und insbesondere Frauen und INTA* Personen dazu motivieren, auch mit eigenen Ideen ein Unternehmen zu gründen. Gerade auch in der Gründung oder in Start-Ups wollen wir gute Arbeitsbedingungen, die eine gute Work-Life-Balance der Beschäftigten ermöglichen. Von der Politik fordern wir, dass hier ein stärkerer Fokus gesetzt werden muss. Gleichzeitig dürfen Mitbestimmung und Demokratisierung nicht gegen vermeintliche Autonomie und Dynamik ausgespielt werden. Sie sind für uns unverhandelbar. Die digitale Transformation hat auch am Arbeitsmarkt extreme Ungleichheiten erzeugt. Zum einen werden für stark nachgefragte Expert*innen sehr hohe Löhne gezahlt, zum anderen basieren viele Geschäftsmodelle der Gigeconomy auf der systematischen Aushöhlung von Arbeitsrechten. Ein weiterer Aspekt ist, dass die großen Digitalkonzerne sehr viel weniger Menschen beschäftigen als traditionelle Industriekonzerne. Wir fordern, dass digitale Konzerne und ihre Mitarbeiter*innen sich in adäquater Weise an den Kosten der Gesellschaft beteiligen. **These 10: Die digitale Transformation muss Demokratie sichern.** Wir brauchen eine wirksame Gesetzgebung, und vor allem eine wirksame und schnelle Verurteilung von Hassreden im Internet. Wir sehen Hass im Internet als ein dringendes Problem an, weil es nicht nur das gesellschaftliche Klima vergiftet, sondern auch systematisch dafür sorgt, dass sich Menschen aus bestimmten Bereichen des Internets zurück ziehen. Aber auch unabhängig von Hass im Netz bringt das Internet und die veränderte Kommunikation in Kombination mit kapitalistischen Geschäftsmodellen große Gefährdungen der demokratischen Gesellschaft mit sich. Für Bereiche, die aus demokratischer Sicht sensibel sind – beispielsweise Nachrichtenplattformen und soziale Netzwerke – muss die Politik klare Verhaltensregeln etablieren und weitere öffentlich rechtliche Alternativen schaffen, um verantwortungsvolle Gestaltung zu ermöglichen.

Initiativanträge

1/III/2022

Beschluss

angenommen

Solidarität mit den Protestierenden im Iran – für das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben!

Der Anfang dieser Tragödie war ganz alltäglich. So alltäglich und so wahrscheinlich, dass dies jeder iranischen oder afghanischen Frau auch widerfahren könnte: Jina Mahsa Amini, eine junge Frau mit kurdischen Wurzeln wurde von der Sittenpolizei verhaftet, weil sie ihr Kopftuch nicht den Vorschriften entsprechend trug. Sie wurde geschlagen, fiel ins Koma und starb drei Tage später an den Verletzungen. Diese Alltäglichkeit und wahrscheinliche Selbstbetroffenheit hat für die umfassenden und lang andauernden Proteste in mehr als 25 iranischen Städten und im Ausland gesorgt. So laut und so lang, so deutlich und so blutig, so einig und so fordernd, dass die Weltgemeinschaft nicht darüber hinwegsehen kann.

Der Iran ist auf Platz 150 im Geschlechterungleichheitsindex, der nur 156 Staaten umfasst. Die iranische Gesellschaft hat nach 43 Jahren theokratischer Repression gegen jegliche Minderheiten den Punkt erreicht, dass ohne die Freiheit der Frauen kein Mensch frei ist. Dieses Verständnis von Freiheit, dass nicht mal im Westen bei allen angekommen ist, wird heute im Iran nach knapp einem halben Jahrhundert Leiden unter einem Frauen und INTA*-feindlichen Regime bis ins Knochenmark gespürt. Und dafür stellen sich Männer, Frauen und INTA* Personen im Kern und Führung dieser Revolution Kugeln und Knüppeln entgegen. Sie schneiden sich die Haare ab und verbrennen das Kopftuch, das Instrument der Fremdbestimmung. Dieser Akt der Selbstbestimmung und Solidarität darf nicht von Rechten zur Fremdbestimmung der muslimischen Frauen instrumentalisiert werden.

“Die Freiheit ist universell, sie ist weder östlich noch westlich“ haben tausende Frauen 1979 auf der Straße nach der Verordnung der Zwangsverschleierung in der Post- Revolutionsphase im Iran gerufen. Sie wurden von den Männern im Iran und von der internationalen Gesellschaft fallen gelassen. Heute rufen sie „Frauen, Leben, Freiheit“ und werden von Männern im Land unterstützt und gefolgt. Jetzt ist Deutschland als Befürworter der feministischen Außenpolitik und die internationale Gemeinschaft daran, ihnen den Rücken zu stärken. Die große Arbeit wird im Iran getan. Wir sollten sie mit aktiver Politik unterstützen und dem menschenrechtsverachtenden islamischen Regime jeglicher Legitimation entziehen, während sie im eigenen Land keine Legitimation mehr haben. Die Forderungen sind im In- und Ausland klar und deutlich. Alles, was wir tun sollten, ist genau zuhören und richtig handeln.

Deutschland muss klar Stellung beziehen

Die Islamische Republik unterdrückt ihre Bevölkerung, vor allem Frauen und INTA* Personen, unter dem Vorwand der Religiosität und trotzdem ist die Bundesregierung auf Kuschelkurs. Deutschland ist der größte Handelspartner des Irans in der EU und die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen sind laut dem Auswärtigen Amt “traditionell eng”.

Die aktuelle Bundesregierung hat sich "feministische Außenpolitik" auf die Fahne geschrieben. Jetzt wäre der Moment gekommen, das umzusetzen.

Gegen Islamfeindlichkeit - für echte körperliche Selbstbestimmung

Wir kritisieren auch all jene, die die Debatte instrumentalisieren, um sich islamfeindlich zu äußern. Die Kritik an der Islamischen Republik Iran entschuldigt in keiner Weise verbale oder körperliche Übergriffe auf Menschen muslimischen Glaubens.

Echte körperliche Selbstbestimmung umfasst so viel, aber auch so wenig Freizügigkeit, wie jede einzelne Person möchte. Dazu gehört auch, freiwillig ein Hijab tragen zu können, ohne Angst vor Beleidigungen oder Gewalt haben zu müssen. Vermeintliche Feminist*innen, die das Tragen eines Hijab verbieten wollen, sprechen Frauen und INTA* Personen dabei schlicht die Fähigkeit und das Recht, entscheiden zu können, ab.

Deshalb fordern wir:

- Einen sofortigen Abschiebestopp in den Iran
- Eine Erleichterung der Einreisebestimmungen und einen erleichterten Zugang zu Aufenthaltstiteln für iranische Staatsbürger*innen
- Erhöhte Schutzmaßnahmen für Exil-Iraner*innen durch Sicherheitsbehörden, Anlauf- und Meldestellen für Betroffene
- Eine Ausweitung der Sanktionen gegen die Islamische Republik Iran, die möglichst nicht die Zivilbevölkerung trifft
- Sanktionen gegen die Machtelite des Iran: Beschlagnahmung von Vermögen und Sachwerten in Deutschland
- Verbot aller vom iranischen Regime finanzierten Organisationen in Deutschland. Deutschland darf keine Plattform für den iranischen Klerikalfaschismus sein!
- Eine Ausweitung der Sanktionen gegen die Islamische Republik Iran, die möglichst nicht die Zivilbevölkerung trifft
- Dokumentation der Menschen- und Frauenrechtsverletzungen durch UN-Organisationen

Quellen

<https://iran.ahk.de/mediathek/news/deutschland-wichtigster-handelspartner-irans>²

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/iran-node/bilaterale-beziehungen/202402>³

<https://taz.de/Deutsches-Verhaeltnis-zum-Iran/!5880395/>⁴

Überweisen an

Bundesvorstand, Landesvorstand, Unterbezirksvorstand

2/III/2022

Beschluss
angenommen

Geburtshilfe im Münchner Osten sicherstellen

Die Geburtshilfe in Neuperlach soll erhalten bleiben und nicht mit der Harlachinger Geburtshilfe zusammengelegt werden.

Überweisen an

Stadtratsfraktion, Unterbezirksvorstand